

Rechte Einflussnahmen und Übergriffe auf die demokrati- sche Zivilgesellschaft

Phänomene, Bedarfe und Reaktionen

Berichtszeitraum 01.01.2021–31.12.2021

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen sowie Federführenden Ämter, die an unseren Befragungen teilgenommen haben. Sie haben alle entscheidend am Zustandekommen dieses Berichts mitgewirkt.

Das Team des ISS e.V.

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, Dezember 2021

Autor*innen ISS e.V.:

Carlos Becker
Irina Bohn
Markus Brenn
Sandra Michaelis
Jan Saßmannshausen
Max Waibel

Autor*innen Uni Kassel/WZB:

Jenni Ten Elsen
Dr. Samuel Greef
Lukas Heller
Saara Inkinen
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Organisierte Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus: Problemwahrnehmung, rechtsextreme Interventionen, zivilgesellschaftliche Reaktionen	4
2.1	Empirische Basis der Untersuchung	5
2.2	Wahrnehmung und Bewertung rechter politischer Aktivitäten	7
2.3	Themen, Handlungsfelder und -formen rechter Aktivitäten	8
2.4	Zivilgesellschaftliche Umgangsformen	10
2.5	Welche Unterstützungsbedarfe werden präferiert?	14
2.6	Zwischenfazit	15
3	Rechte Einflussnahmen auf zivilgesellschaftliche Organisationen in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie	17
3.1	Methodisches Vorgehen	18
3.2	Phänomene rechter Einflussnahme	18
3.2.1	Rechtsorientierte Normalität	20
3.2.2	Rechte Aktivitäten in vielfaltfördernden Kontexten	24
3.2.3	Strategische Einflussnahme und Unterwanderung	26
3.3	Unterstützungsbedarfe zivilgesellschaftlicher Organisationen	29
3.4	Zwischenfazit	32
4	Demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle und zivilgesellschaftliche Reaktionen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie	33
4.1	Methodisches Vorgehen	33
4.2	Überblick zur gesamtgesellschaftlichen Lage antidemokratischer Vorfälle	34
4.3	Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen	36
4.4	Demokratie- und menschenfeindliche Organisationen bzw. Gruppierungen und Aktivitäten vor Ort	41
4.5	(Re-)Aktionen des demokratisch-weltoffenen Spektrums	44
4.6	Zwischenfazit	47
5	Fazit	49
6	Anhang	51
6.1	Tabellenverzeichnis	51

6.2	Abbildungsverzeichnis	52
6.3	Literatur	53
6.4	Tabellen	58

1 Einleitung

Demokratische Gesellschaften stehen unter Spannung. Unter dem Eindruck einer auf Dauer gestellten Krisenzeit wächst nicht nur die Zahl gesellschaftspolitischer Konfliktlinien, sondern auch ihre Intensität. Dabei fällt die aktuelle Krisenzeit in eine Phase, die von einer Vielzahl parallel verlaufender Transformationsprozesse gekennzeichnet ist und mit sozialen Verlustängsten und politischen Ohnmachtsgefühlen einhergeht. Es sind diese Ängste, die besonders rechtspopulistische Akteur*innen weiter schüren und diese zugleich für sich nutzbar machen.¹ Vor diesem Hintergrund ist nicht nur die demokratische Aushandlung gemeinsamer gesellschaftlicher Perspektiven erschwert, vielmehr halten polarisierende und (rechts)populistische Rhetoriken zunehmend Einzug in die öffentliche Debatte, deren Autor*innen ganz bewusst die gesellschaftlichen Verunsicherungen mit antidemokratischen oder populistischen Vokabeln und Lösungsansätzen verbinden.²

Indem es damit gerade rechtsgerichteten Gruppierungen gelingt, die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen über die Krisen und Wandlungen dieser Zeit auf die Frage herunterzubrechen, ob das Ideal der vielfältigen und demokratischen Gesellschaft weiterhin gelten soll, gerät das Fundament der offenen Gesellschaft selbst in Gefahr. In diesem gesellschaftlichen Klima stehen insbesondere Politik und Zivilgesellschaft vor der multipolaren Aufgabe, den demokratischen „Basiskonsens“³ zu bewahren und demokratiefeindliche Entwicklungen sowie entsprechende Mobilisierungs- und Radikalisierungspotentiale einzuhegen, die gerade in „entsicherten“ (Heitmeyer) Krisenzeiten besondere Entfaltungsmöglichkeiten haben.⁴ Zeigt die gemeinsame Wertegrundlage demokratischer, pluraler Gesellschaften Erosionstendenzen und die gesellschaftliche „Mitte“ wachsende Friktionen,⁵ so gerät auch das Fundament in Gefahr, auf dem soziale und politische Auseinandersetzungen auf demokratische Weise ausgetragen werden.⁶ Politische Konflikte verlagern sich sodann in Räume außerhalb der Arenen der Demokratie und werden zu Konflikten um die Demokratie selbst⁷ und auch die Form der demokratischen Konfliktführung nimmt tiefgreifenden Schaden, wenn politische Debatten zunehmend aufgeheizter werden und politische Auseinandersetzungen in Straftaten und Gewaltenakten münden.

Es sind gleich mehrere Konfliktlinien, die sich hier überlagern. Sehen sich demokratische Gesellschaften auf der einen Seite mit der Gefahr einer (strategischen) Normalisierung (rechts)populistischen bis rechtsextremen Denkens durch einen Zuwachs von Anschlusspunkten in der bürgerlichen Mitte konfrontiert, sind sie auf der anderen Seite durch eine wachsende Anzahl politisch motivierter Vorfälle und Übergriffe herausgefordert, die dem Reservoir antidemokratischer Bewegungen entstammen und gerade mit den Corona-Protesten einen neuen

¹ Vgl. dazu: Nachtwey 2016; Schäfer/Zürn 2021; Heumann/Nachtwey 2021.

² Vgl. hierzu exemplarisch Heitmeyer et al. 2020, S. 281-301.

³ Schroeder/Greef/Ten Elsen/Heller 2020a, S. 5; vgl. Weißels 1991, S. 32.

⁴ Vgl. dazu Heitmeyer 2018 und nochmals Heitmeyer et al. 2020 sowie Vorländer/MIDEM 2021 zu den Krisennarrativen rechtspopulistischer Gruppierungen.

⁵ Vgl. zu den Spaltungstendenzen und antidemokratischen Einstellungsmustern in der gesellschaftlichen „Mitte“: Zick/Küpper/Berghan 2019 und Zick/Küpper 2021.

⁶ Vgl. Weller 2021.

⁷ Vgl. Mouffe 2014; Mouffe 2018.

Zulauf erfahren haben. Insbesondere die demokratische Zivilgesellschaft und ihre Organisationen sind von dieser Doppelbewegung in spezifischer Weise betroffen.

Zum einen wird die demokratische Zivilgesellschaft nämlich selbst zum Ziel strategischer Versuche der Einflussnahme durch rechte Akteur*innen, die bewusst auf die Normalisierung rechter Positionen innerhalb der demokratischen Strukturen der bürgerlichen Zivilgesellschaft abzielen und damit das „politische Vorfeld“⁸, die zivilgesellschaftliche „Peripherie“ (Habermas), der demokratischen Institutionen mit ihren Positionen und Personen besetzen wollen. Die Verankerung rechter Positionen im zivilgesellschaftlichen Raum soll dabei durch den Aufbau eigener Strukturen und Organisationen, aber auch durch die Durchdringung bereits bestehender Netzwerke bürgerlich-demokratischer Zivilgesellschaft gelingen. Mit letzterem verbindet sich nun auf besondere Weise nicht nur die Frage des konkreten Umgangs mit diesen strategischen Partizipationsansinnen, sondern mit der Normalisierung rechten Denkens in politischen Diskursen überhaupt die Frage, wie eine Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen innerhalb der eigenen zivilgesellschaftlichen Strukturen und Organisationen gelingen kann.

Neben diesen Formen der (strategischen) Unterwanderung und Durchdringung zivilgesellschaftlicher Räume durch rechte Akteur*innen und Positionen ist die organisierte Zivilgesellschaft zum anderen von manifesten, antidemokratischen An- und Übergriffen auf ihre Strukturen und Personen betroffen. Schon seit 2016 lässt sich etwa im Rahmen der Befragung der Partnerschaften für Demokratie nachvollziehen, wie Akteur*innen aus Politik und Verwaltung, aber auch engagierte Personen, die sich offen für Demokratie und Vielfalt einsetzen, verstärkt Anfeindungen und Übergriffen ausgesetzt sind.⁹ Auch hier hat die Corona-Pandemie zu einer weiteren Verschärfung und Vermehrung der Vorfälle beigetragen, die das demokratische Engagement neben den pandemiebedingten Beeinträchtigungen nachhaltig zu schädigen drohen.¹⁰ Die demokratische Zivilgesellschaft ist darüber hinaus seit einigen Jahren mit dem Phänomen der „shrinking spaces“, also der zielgerichteten Beeinträchtigung und Störung der Handlungsspielräume demokratischer Zivilgesellschaft konfrontiert,¹¹ die gerade im Kontext des aufsteigenden Rechtspopulismus besondere Probleme erzeugt, operiert dieser doch nicht nur mit einem populistisch konnotierten Demokratiebegriff, der begriffliche Grenzziehungen bewusst erschweren soll, sondern stellt auf der Grundlage dieser Einlassungen zugleich die Legitimation von Organisationen und Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft in Frage, um deren Wirken zu schwächen.¹²

Um diesen Themenkomplex adäquat zu bearbeiten, ist vorliegender Bericht dreiteilig aufgebaut. Im ersten Teil „Organisierte Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus: Problemwahrnehmung, rechtsextreme Interventionen, zivilgesellschaftliche Reaktionen“ (2) geht es sowohl darum, die Bedingungen von Resilienz in der Zivilgesellschaft aufzuarbeiten, als auch um die Entwicklung eines analytischen Instrumentariums, mit dem (neue) Gefährdungen durch rechte

⁸ Schroeder/Greef/Ten Elsen/Heller 2021, 155.

⁹ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 78.; sowie ISS 2019, S. 5.

¹⁰ Vgl. dazu die BKA-Statistik zu politisch motivierten Vorfällen 2020: Bundeskriminalamt 2021; zu den Corona-Protesten: Grande et al 2021.

¹¹ Vgl. hierzu und auch den spezifischen Phänomenen bzw. Strategien der Shrinking Spaces: ISS 2020, S. 13.

¹² Vgl. Manow 2021.

Akteur*innen/Phänomene reflektiert und begriffen werden können. Basis ist hierfür insbesondere eine Befragung auf Verbandsebene. Im Fokus dieser Untersuchung stehen die drei Fragekomplexe Wahrnehmung und Bewertung rechter politischer Aktivitäten (2.2), Themen, Handlungsfelder und -formen rechter Aktivitäten (2.3), zivilgesellschaftliche Umgangsformen (2.4) sowie zusätzlich als unmittelbar handlungsrelevanter Aspekt die Nachfrage zur Nutzung bereits bestehender und dem Bedarf an zukünftigen Unterstützungsangeboten (2.5). Ergänzend zu dieser Befragung der Verbände in Bund- und Ländern, die aufgrund ihres quantitativen Schwerpunkts eine Dachverbandsperspektive abdeckt, thematisiert der zweite Teil „Rechte Einflussnahmen auf zivilgesellschaftliche Organisationen in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie“ (3). Der Fokus liegt hierbei auf der qualitativen Nahbetrachtung von Interaktionszusammenhängen auf der Binnenebene lokaler Vereine, die von rechten Aktivitäten oder Einflussnahmen betroffen sind. Auf der Grundlage von insbesondere qualitativen Leitfadeninterviews mit Stellvertreter*innen betroffener Vereine in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie soll sowohl die Vielfalt als auch die Wirkungen solcher Vorfälle und Partizipationsansinnen in den Blick genommen werden. Dabei wird neben der Frage, welche Phänomene rechter Einflussnahme vorzufinden sind, der Fokus darauf gelegt zu verstehen, vor welchen Problemen betroffene Vereine stehen, welche Handlungsunsicherheiten vorliegen und welche Maßnahmen geeignet sind um entsprechenden Entwicklungen entgegenzusteuern.

Im dritten Teil werden in Ergänzung zu den ersten beiden Teilen, die sich auf Vereine und Verbände konzentrieren (4), die „Demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle und zivilgesellschaftliche Reaktionen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie“ behandelt und der Blick um die kommunale Ebene und die Rahmenbedingungen der Akteur*innen, die für das Engagement gegen rechte Entwicklungen vor Ort integral sind, erweitert. Auf Grundlage des diesjährigen Monitorings der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie wird nachgezeichnet, wie die Koordinator*innen der Partnerschaften sowohl die demokratiefeindlichen Entwicklungen und Vorfälle in den Förderregionen der Partnerschaften als auch die zivilgesellschaftlichen Ressourcen und Formen demokratischer Gegenreaktionen einschätzen.

In der Gesamtschau ist es das Ziel des vorliegenden Berichts, mit Hilfe der Untersuchungen dreier problemzentrierter Teile, die Problemlagen in Bezug auf rechte Vorfälle und Einflussnahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie möglichen Bedrohungen einer demokratisch engagierten Zivilgesellschaft aufzuzeigen, Entwicklungen nachzuzeichnen und Hinweise auf adäquate Reaktionen und Unterstützungsbedarf aufzuzeigen.

2 Organisierte Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus: Problemwahrnehmung, rechtsextreme Interventionen, zivilgesellschaftliche Reaktionen

Die folgenden Abschnitte befassen sich mit dem Verhältnis der Zivilgesellschaft zum Rechtsextremismus. Es verbindet sich mit der vorliegenden Studie nicht nur das Ziel, die Bedingungen der Resilienz in der Zivilgesellschaft besser zu verstehen, sondern es geht auch um ein analytisches Instrumentarium, das die systematische Reflexion über die Herausforderung von rechts stärkt. Auf Basis von quantitativen Verbandsbefragungen sowie qualitativen Dokumentenanalysen und Interviews stehen drei erkenntnisleitende Fragekomplexe im Fokus, die entlang der Subsysteme, d.h. der gesellschaftlichen Teilbereiche bzw. genauer der damit verbundenen Kollektivorganisationen von Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Freiwillige Feuerwehren, Fußball, dem Schützenwesen, Kulturvereinen und des Naturschutzes untersucht werden.

1. **Wahrnehmung und Bewertung rechter politischer Aktivitäten:** Für wie gefährlich halten die befragten Verbands- und Vereinsakteur*innen die rechten politischen Entwicklungen? Hat sich das Phänomen aus ihrer Sicht in den letzten Jahren verändert?
2. **Themen, Handlungsfelder und -formen rechter Aktivitäten:** Was sind zentrale Themen, die durch rechtspopulistische Akteur*innen aufgegriffen werden? Wie werden diese Themen artikuliert? Worauf beziehen sich rechte Aktivitäten im Kontext der jeweiligen Organisation?
3. **Zivilgesellschaftliche Umgangsformen:** Welche Umgangsformen sind seitens der jeweiligen Organisationen im Umgang mit rechten Aktivitäten erkennbar? Gibt es spezifische Muster von Gegenreaktionen oder handelt es sich vielmehr um ad-hoc-Reaktionen? Welche Schwierigkeiten und Unterstützungsbedarfe werden von den Verbänden beschrieben?
4. **Unterstützungsbedarfe:** Da sich die meisten Verbände hinsichtlich der Auseinandersetzung mit den rechten Interventionen schwertun, sind in den letzten Jahren erhebliche Unterstützungen organisiert worden. In welchem Umfang wurden diese in Anspruch genommen und welche zukünftigen Bedarfe werden artikuliert?

Wenngleich die Erforschung des Rechtspopulismus lange Zeit fast ausschließlich im Umfeld der Parteien- und Parlamentarismusforschung erfolgte, sind zunehmend Bemühungen erkennbar, das Phänomen ganzheitlicher zu verstehen und zu erfassen und in diesem Sinne auch Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen zu untersuchen. In den letzten Jahren sind einige Publikationen zu rechten Aktivitäten in einzelnen Feldern der organisierten Zivilgesellschaft entstanden, so beispielsweise für die Arbeitswelt,¹³ Religionen und Kirchen,¹⁴ den organisierten Sport,¹⁵ die Kultur¹⁶ und auch für den Bereich der sozialen Unterstützungssysteme.¹⁷ Darüber hinaus existieren auch erste feldübergreifende Annäherungen an den

¹³ Vgl. dazu z.B. Sauer et al. 2018; Hilmer et al. 2017; Becker/Dörre/Reif-Spirek 2018; zur internationalen Perspektive siehe u.a. Erben/Bieling 2020.

¹⁴ Vgl. Nord/Schlag 2021; Strube et al. 2021; Bednarz 2018; Lesch 2017; Orth/Resing 2017; Rebenstorf 2018.

¹⁵ Vgl. Bücken 2018; Braun 2018.

¹⁶ Vgl. Reusswig 2019; Hafez 2017; Langebach/Raabe 2016; Elverich et al. 2009; Dornbusch/Raabe 2006.

¹⁷ Vgl. Dieckerhoff 2015.

Gegenstand.¹⁸ Neben der wissenschaftlichen Literatur gibt es zudem Handreichungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen,¹⁹ die Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Interventionen beinhalten.

Eine systematische und subsystemübergreifende, vergleichende Betrachtung aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Vereine und Verbände fehlt jedoch bislang. Diesem Forschungsdesiderat möchte die vorliegende Studie in einer ersten Annäherung begegnen. Dafür greift sie den vorhandenen Forschungs- und Diskussionsstand auf, ergänzt ihn um einen vergleichenden Blickwinkel und verfolgt mit der Analyse der zivilgesellschaftlichen Wahrnehmung rechter Phänomene, rechtspopulistischer Aktivitäten sowie zivilgesellschaftlicher Reaktionen einen mehrdimensionalen Problemzugriff.

2.1 Empirische Basis der Untersuchung

Um dem Untersuchungsgegenstand der Kollektivorganisation gerecht zu werden, erfolgte die Verbandsbefragung im Zeitraum von März bis Juli 2021 als Expert*innenbefragung, wobei die Teilnehmenden den Fragebogen als Repräsentant*in ihrer jeweiligen Organisationseinheit anonym ausfüllten. Vor diesem Hintergrund wurden die Organisationen gebeten, nur einen Fragebogen pro Einheit auszufüllen und den*die Teilnehmende*n selbst zu wählen. Inhaltlich wurde nach den Wahrnehmungen und Einschätzungen der Verbandsakteur*innen in vier thematischen Blöcken gefragt: So wurden (1) Fragen zur Wahrnehmung und Entwicklung rechter Aktivitäten, (2) zu konkreten rechten Aktivitäten im Organisationskontext, (3) zu Umgangsformen der jeweiligen Organisation sowie (4) zu Unterstützungspotenzialen formuliert. Ein Pre-test mit Vertreter*innen aus den jeweiligen Subsystemen erfolgte im Frühjahr 2021 und ermöglichte sprachliche wie inhaltliche Konkretisierungen des Fragebogens.

Die Auswahl der befragten Verbände und Vereine erfolgte entlang eines zweistufigen Verfahrens. Einerseits wurde versucht, ein möglichst umfassendes Abbild der jeweiligen zivilgesellschaftlichen Arena zu erzeugen, weshalb die größten Vereine und Verbände für die Befragung adressiert wurden. In den Bereichen mit besonders breiter und heterogener Organisationslandschaft (insbesondere Kultur), wo eine weitgestreckte Erfassung aus zeitlichen und Ressourcengründen nicht möglich war, zielte die Auswahl andererseits darauf, ein möglichst breites und differenziertes Bild zeichnen zu können. So wurde etwa darauf geachtet, verschiedene Subsektoren (bildende und darstellende Kunst, Musik, Literatur) abzubilden und die Auswahl der Verbände entsprechend zu clustern. An der Befragung nahmen insgesamt 26 Vereine und Verbände aus acht Subsystemen teil.²⁰ Die Ausspielung des Fragebogens erfolgte über zwei Wege. In jenen Fällen, in denen Verbandsadressen öffentlich zugänglich waren oder übermittelt werden konnten, wurde der Link zur Online-Umfrage über eine direkte Ansprache via Mail- und Postverkehr verbreitet. Auf der anderen Seite gab es teilweise organisationsstrukturelle Gründe sowie datenschutzrechtliche Überlegungen, wodurch eine direkte Ansprache der Teilnehmenden nicht möglich war. In solchen Fällen agierten die Verbände selbst als Multiplikatoren, indem sie den Fragebogen intern ausspielten.

¹⁸ Vgl. Schroeder et al. 2020; Sehmer et al. 2021.

¹⁹ Vgl. dazu z.B. Diakonie 2018; Mobile Beratung e.V. 2019; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz 2019.

²⁰ Gewerkschaften: 9, Kirchen: 4, Wohlfahrtsverbände: 4, Freiwillige Feuerwehren: 1, Fußball: 1, Schützenwesen: 1, Kultur: 5, Naturschutz: 1.

Die Erhebung ergab 911²¹ vollständig ausgefüllte Fragebögen. Erstens wurden jene Fragebögen entfernt, die der lokalen Ebene zugehörig waren.²² Zweitens musste ein Teil der übrigen Fragebögen verworfen werden, beispielsweise, wenn sie nicht eindeutig einer Organisation zugeordnet werden konnten. In den Fällen, in denen mehr als ein Fragebogen je Organisationseinheit ausgefüllt wurde, wurde folgendes Vorgehen praktiziert: In einem ersten Schritt erfolgte eine Auswahl auf Basis der Priorisierung hauptamtlich Beschäftigter (Frage A4: hauptamtlich beschäftigt), der organisatorischen Zuständigkeit für das Phänomen (Frage A5: Wertung, wenn das Phänomen als Teil des Tätigkeitsprofils bearbeitet wird) sowie der Dauer dieser organisatorischen Zuständigkeit der Antwortenden (Frage A5-1: längste Beschäftigungsdauer wurde gewertet). Lagen nach diesem ersten Schritt weiterhin mehrere Fragebögen vor, so wurden die übrigen Fragebögen in einem zweiten Schritt gewichtet, um weitere noch bestehende Dopplungen zu berücksichtigen.

Die Analyse fußt somit auf 192 Fragebögen, was einer Rücklaufquote von 47 % entspricht. Die Rücklaufquoten fielen je nach Ebene (Bund, Land) und Subsystem sehr unterschiedlich aus. Auf der Bundesebene liegt eine Vollerhebung vor, allerdings ist die Repräsentativität auf dieser Ebene vor dem Hintergrund der schon bei der Fallauswahl getroffenen Entscheidungen zu verstehen. Das bedeutet, dass die Ergebnisse für die untersuchten Verbände und Ebenen eines Subsystems repräsentativ sind, nicht aber für das gesamte Subsystem, weil nicht alle existierenden Organisationen erfasst werden konnten. Dies gilt besonders für sehr heterogene Subsysteme mit einer sehr vielfältigen Verbandslandschaft (bspw. Kultur). Auf der Landesebene fällt die Antwortrate insgesamt niedriger aus (44 %). Zudem differiert diese auch deutlich zwischen den verschiedenen Subsystemen. Während im Subsystem der Freiwilligen Feuerwehren ein Viertel aller Landesverbände an der Befragung teilgenommen haben, sind es im Bereich Fußball knapp 80 %. Für den Naturschutz liegt sogar eine Vollerhebung auf der Landesebene vor. Schließlich konnte festgestellt werden, dass Landesverbände in Ostdeutschland weniger häufig teilgenommen haben als Landesverbände im Westen. Um solche Antwortausfälle auszugleichen und Aussagen über die Grundgesamtheit treffen zu können, wurde eine Gewichtung dieser Stichprobe vorgenommen (sog. Anpassungsgewichte).²³

Ergänzt wurde diese quantitative Befragung durch einen qualitativen Analysezugang, der zweite zentrale Methodenbaustein. Einerseits erfolgte eine inhaltsanalytische Auswertung unterschiedlichen Materials (u. a. Studien, Zeitungsartikel, Handreichungen) im Vorfeld zu der quantitativen Onlinebefragung. Diese Analyse diente als Basis für die Ausgestaltung und spätere Auswertung des Fragebogens und erlaubte Einblicke in allgemeine Dynamiken der Zivilgesellschaft, Akteursstrukturen sowie erste Erkenntnisse zu rechten Aktivitäten und zivilgesellschaftlichen Reaktionen. Im Nachgang zu der Umfrage wurden 31 semi-strukturierte,

²¹ Zudem wurden zwei katholische Verbände befragt, die im Subsystem Kirche ausgewertet werden. Gemeinsam mit diesen Verbänden beträgt die Stichprobe 1.072. Abzüglich der lokalen Ebene und aller sonstigen Ausfälle beträgt die Stichprobe 243.

²² Bei der lokalen Ebene handelt es sich bei den verschiedenen Bereichen um sehr heterogene Strukturen. Während bspw. im Bereich Fußball verbandlich organisierte Kreisverbände die lokale Einheit bilden, sind es bei den Wohlfahrtsverbänden häufig konkrete Einrichtungen, die keine verbandlichen Strukturen aufweisen. Aus zwei weiteren Gründen konnte die lokale Ebene bei der Auswertung nicht berücksichtigt werden: Erstens war es in vielen Fällen nicht möglich, eine Grundgesamtheit zu bestimmen, sodass der Rücklauf und die Ergebnisse für diese Bereiche kaum aussagekräftig gewesen wären. Zweitens war der Rücklauf – auch im Falle einer bestimmaren Grundgesamtheit – für eine Auswertung zu gering. Es wurde sich bei der Auswertung daher auf die Bundes- und Landesverbände fokussiert.

²³ Da nicht für alle Beobachtungshäufigkeiten in der Stichprobe anderweitig bekannte Randverteilungen vorliegen – etwa, was die Betroffenheit oder den Umgang angeht – können Verzerrungen in der Stichprobe nicht vollends ausgeschlossen werden.

leitfadengestützte Expert*inneninterviews (IB 1-31) mit Verbandsakteur*innen sowie Vertreter*innen der zivilgesellschaftlichen Subsysteme (hauptsächlich via Onlinekonferenzsystem, teilweise in Präsenz) geführt und 40 bereits aus einer Voruntersuchung vorliegende Interviews (IA 1-40) einer erneuten Auswertung unterzogen, verbunden mit dem Ziel, die quantitativen Untersuchungsergebnisse besser einordnen zu können. Zu jedem Gespräch liegt eine Tonaufnahme und/oder ein Protokoll vor. Durch die Kombination von qualitativen und quantitativen Methoden konnte eine umfassendere Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes sowie eine differenzierte Beantwortung der Forschungsfragen erzielt werden.

2.2 Wahrnehmung und Bewertung rechter politischer Aktivitäten

Insgesamt weisen die Umfragedaten zur Wahrnehmung der rechten Gefahr durch die Verbände auf eine hohe Sensibilität für das Gefahrenpotenzial hin. So bewerten alle befragten Landesverbände – und zwar unabhängig vom Subsystem – rechte Aktivitäten als „(sehr) gefährlich“ für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Doch korreliert das hohe Bewusstsein für die Gefahr durch rechts mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Ebene nicht zwangsläufig mit einer hohen Sensibilität für Herausforderungen in den eigenen Reihen. Auf die Frage, ob sich die Organisationen selbst gefährdet sehen, gehen die Wahrnehmungen zwischen den Verbänden somit auseinander. Während die Mehrheit der befragten Landesverbände rechte Aktivitäten und Einstellungen als „(sehr) gefährlich“ für die Gesamtorganisation einstuft, gibt fast die Hälfte der Verbände an, dass rechte Anfeindungen für sie „wenig“ oder „nicht gefährlich“ seien. Dies ist insbesondere in den Bereichen Naturschutz (20 %), Fußball (38 %) und Kirchen (40 %) der Fall.

Ein ähnliches Meinungsbild zeigt sich auch in Bezug auf die Frage, ob und wie sich die Gefahr durch rechts in den letzten Jahren geändert hat. Diese Gefahr beschreiben die Verbände mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt – mit wenigen Ausnahmen – als „(stark) zunehmend“. In Hinblick auf die eigene Organisation fallen diese Mehrheiten allerdings deutlich geringer aus: So geben zwischen 24 % und 53 % der Verbände hierzu an, dass die Gefahr durch rechts in den letzten Jahren „unverändert“ geblieben sei. Etwa 6 % der Verbände nehmen die Gefahr sogar als „abnehmend“ wahr.

Die unterschiedlichen Einschätzungen der Landesverbände lassen sich auf kontextuelle Faktoren zurückführen. Zum einen nehmen Verbände rechte Aktivitäten in Bundesländern, in denen die Wahlergebnisse von parlamentarisch verankerten rechten Parteien unter dem Bundesdurchschnitt von 13,4 % ausfiel, seltener als Gefahr für die Demokratie und die Gesellschaft wahr. Zum anderen hängt die Gefährdungseinstufung der eigenen Organisation maßgeblich davon ab, inwiefern der Verband selber in der Vergangenheit von rechten Aktivitäten betroffen gewesen ist. Schließlich unterscheiden sich die Wahrnehmungen auch nach Subsystem. So zeigen sich insbesondere die Landesverbände der *Sportschützen* und der *Gewerkschaften* als besorgt über die Präsenz und Entwicklung rechter Aktivitäten. Demgegenüber stehen die Subsysteme Fußball und Kultur, in denen die Sensibilität für das Thema unterdurchschnittlich ausgeprägt ist. Signifikante Differenzen entlang der Ost-West Achse lassen sich vermittelt über die Einstellungen der befragten Verbandsfunktionär*innen nicht erkennen.

2.3 Themen, Handlungsfelder und -formen rechter Aktivitäten

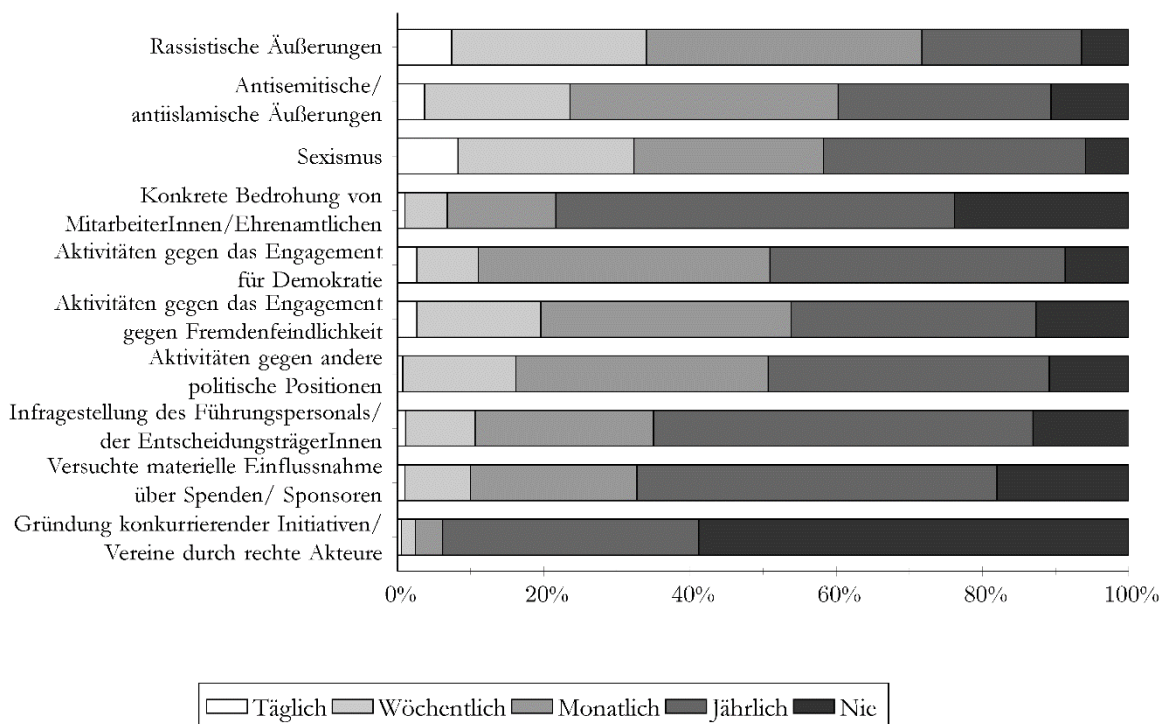
Ein entscheidender Bezugspunkt für eine höhere Sensibilität der Verbände besteht darin, ob sie durch rechte Interventionen betroffen waren oder nicht. Somit ist es zunächst interessant zu erfahren, inwieweit die Verbände wahrgenommen haben, dass sie durch solche Angriffe betroffen waren. 66 % der Landesverbände gaben in unserer Befragung an, dass sie in den letzten Jahren rechten Anfeindungen ausgesetzt waren. Auffallend ist, dass die Betroffenheit auf der Landesebene insgesamt etwas unter dem Niveau der Bundesverbände liegt, die in umfassenderen Maße mit rechten Anfeindungen konfrontiert werden.

Bei genauerem Hinsehen wird klar, dass sich die betroffenen Landesverbände strukturell durchaus von den nicht-betroffenen Verbänden unterscheiden. So steigt die Wahrscheinlichkeit, mit rechten Aktivitäten in Kontakt zu kommen, signifikant mit der Stärke von parlamentarisch verankerten, rechtspopulistischen Parteien. Auch bezüglich der Subsysteme sind Unterschiede zu erkennen. Während die Landesverbände in den Systemen *Kirche* (92 %) und *Gewerkschaften* (86 %) zu den am häufigsten betroffenen Organisationen zählen, gibt nur eine Minderheit der *Schützen-* (43 %) und *Kulturverbände* (23 %) an, mit rechten Anfeindungen konfrontiert worden zu sein. Schließlich scheinen größere Organisationen überdurchschnittlich oft von rechten Aktivitäten betroffen zu sein – und zwar unabhängig davon, ob sie dabei an der Zahl ihrer Mitglieder, hauptamtlichen Funktions- und Entscheidungsträger*innen, oder Ehrenamtlichen gemessen werden.

Mit Blick auf mögliche „Zielgruppen“ von rechten Akteur*innen lässt die Umfrage keine Muster erkennen. Dagegen bestätigen die Daten, dass zivilgesellschaftliche Organisationen auch in den eigenen Reihen mit rechter Einflussnahme zu kämpfen haben: so gibt die Mehrheit (57 %) der betroffenen Landesverbände an, dass rechte Einstellungen unter ihren Mitgliedern „manchmal“ oder öfter anzutreffen sind. Auch unter den Ehrenamtlichen ist dies in 41 % der Verbände der Fall. Demgegenüber melden nur 8 % der betroffenen Verbände, dass rechte Gesinnungen unter ihren hauptamtlichen Funktionsträger*innen „manchmal“ oder öfter zu beobachten sind.

Abbildung 1: Häufigkeit rechter Aktivitäten nach Bereichen differenziert

»Wie häufig sind die folgenden rechten Aktivitäten im Bereich Ihrer Organisation anzutreffen?«



Quelle: eigene Darstellung.

Wie und wo erfolgen rechte Aktivitäten im Allgemeinen? Um dies systematisch zu ordnen, bietet sich folgende Differenzierung entlang der in der Umfrage gestellten Fragenbereiche an:

Formen rechter Aktivitäten: Es dominieren niedrigschwellige kommunikative Aktivitäten in der Tendenz gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. So gibt mehr als jeder zweite Verband an, „monatlich“ oder öfter von rassistischen (66 %), antisemitischen (60 %) und sexistischen Äußerungen (58 %) betroffen zu sein. Aktivitäten gegen das politische Engagement bzw. die politischen Positionen der Organisation kommen ebenso vergleichsweise häufig vor. Dagegen stellen ressourcenintensive Formen rechter Aktivitäten eher die Ausnahme dar: so kommen versuchte materielle Einflussnahme bzw. die Gründung konkurrierender Initiativen aus Sicht von über 60 % der Verbände höchstens „jährlich“ vor.

Orte rechter Aktivitäten: Rechte Anfeindungen finden am häufigsten in den sozialen Medien/ Messengerdiensten („monatlich“ oder öfter: 66 %) bzw. in informellen Gruppenbesprächen („monatlich“ oder öfter: 44 %) statt.

Art der Aktivität: Insgesamt finden rechte Aktivitäten in der Regel „öffentlichkeitswirksam“ statt und weniger häufig „organisationsintern“.

Jetzt geht es um die Frage, wie stark die einzelnen Subsysteme von den Angriffen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind. Diesbezüglich wurden die Bereiche des *Alltagsrassismus*, *-sexismus* und *-antisemitismus* abgefragt. Besonders stark betroffen sind dabei die Subsysteme Kirche und Gewerkschaften. Hier geben zwischen 5 % und 34 % der Landesverbände an, dass sie sich täglich mit diesen Aktivitäten konfrontiert sehen. Konkrete Bedrohungen finden überdurchschnittlich häufig im Fußball statt („wöchentlich“ oder öfter 19 %; die anderen 0 %–9 %).

Aus rechten Kreisen gibt es immer wieder Versuche, die Demokratiearbeit in den Verbänden als für ihre Arbeit „wesensfremd“ zu kritisieren. In diesem Zusammenhang wurde die Häufigkeit, mit der das Demokratieengagement kritisiert wird, erhoben. Auffallend sind die Differenzen zwischen den Subsystemen: Ganze 88 % der Naturschutzverbände geben an, dass das *Demokratieengagement* „nie“ der Anlass für rechte Aktivitäten ist (die anderen: 0 %–38 %). Rechte Aktivitäten gegen die *Anti-Fremdenfeindlichkeitsarbeit* der Organisation und die *Infrastruktur des Führungspersonals* finden im Naturschutz (63 %) und unter den Sportschützen (67 %) mehrheitlich „nie“ statt (die anderen: 0 %–38 %). Bei den Schützen gilt dies auch bezüglich *anderer politischer Positionen* (67 %; die anderen 0 %–29 %).

Ein anderer Punkt betrifft die *versuchte materielle Einflussnahme* von Rechten. Gemeint sind finanzielle Unterstützungen, um sich beliebt zu machen oder so bestimmte Positionen, Veranstaltungen und Personen zu fördern. Dies kommt vorwiegend im Bereich der Kirchen vor (13 % „wöchentlich“ oder häufiger; die anderen 0 %–2 %). Die Schützen und der Naturschutz haben dagegen „nie“ mit dieser Aktivitätsform zu tun (100 %). Schließlich scheint die – insgesamt eher seltene Interventionsform – *Gründung konkurrierender Initiativen* besonders in den Bereichen Gewerkschaften, Freie Wohlfahrtspflege und Kultur statt zu finden.

2.4 Zivilgesellschaftliche Umgangsformen

Neben der Wahrnehmung der Herausforderung von rechts und dem konkreten Ausmaß der Aktivitäten steht als dritte Dimension die Frage im Mittelpunkt, wie die Verbände auf rechte Interventionen reagieren. Die große Mehrheit (82 %) der Landesverbände reagiert laut eigener Aussage auf rechte Aktivitäten. Lediglich 18 % tun dies nicht. Ob sich ein Verband mit dem Phänomen auseinandersetzt, hängt dabei maßgeblich von der eigenen Betroffenheit ab: so sahen sich gut drei Viertel (76 %) der reagierenden Verbände laut eigener Aussage in den letzten Jahren mit rechten Anfeindungen konfrontiert. In der Gruppe der nicht-reagierenden Verbänden waren es dagegen nur 16 %, die zuvor bereits durch rechte Intervention betroffen waren.

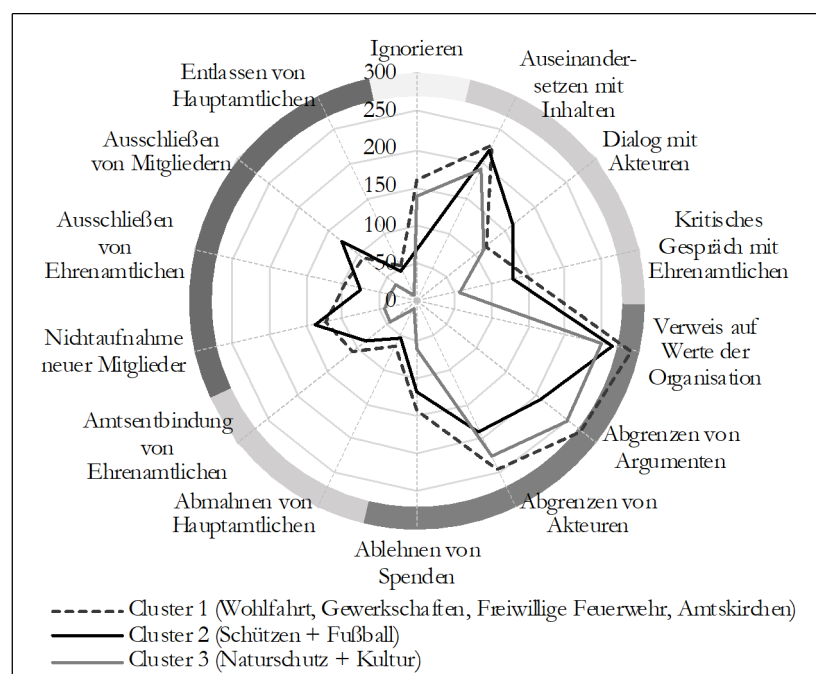
Es gibt also einen Zusammenhang zwischen erfahrener Betroffenheit und dem Reaktionsverhalten. Doch inwieweit schätzen die Verbände ihre Reaktionen als rein situativ ein oder eher als Teil einer Strategie? Was dahinter steckt ist sehr komplex, meint aber im Kern, inwieweit werden vergangene eigene Erfahrungen ausgewertet und neue Einsichten – auch anderer Akteur*innen – aufgenommen und für das eigene Verhalten genutzt. Interessant ist, dass die Mehrheit der befragten Verbände angibt, dass ihre Reaktionen im Rahmen einer Strategie (84 %) angesiedelt seien. Dabei folgen die meisten Verbände einer Strategie der Gesamtorganisation (58 %). Weitere 21 % der Verbände geben an, einer Strategie auf ihrer eigenen Organisationsebene zu folgen, während 20 % beiderlei Strategien im Umgang mit rechts einsetzen.

Die Selbsteinschätzung als strategische*r Akteur*in gibt noch keine Auskunft darüber, welcher Art der Umgang, die Reaktionen auf rechte Interventionen sind. Diese konkretere Annäherung soll in der folgenden systematischen Differenzierung von Varianzen der Reaktion erfolgen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass knapp die Hälfte (49 %) der Landesverbände angeben, dass das Ignorieren rechter Aktivitäten wenigstens „manchmal“ vorkommt. In der Regel reagieren betroffene Organisationen signifikant häufiger als nicht-betroffene.

Es lassen sich zwei grundlegende Umgangsoptionen unterscheiden: Einerseits die *inhaltlich-kommunikative* und andererseits die *strukturell-organisationale Dimension*. Sowohl innerhalb der jeweiligen Dimension wie auch zwischen den Dimensionen bestehen große Bandbreiten. Insgesamt sind changierende Reaktionen der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen identifizierbar, wobei diese jedoch häufig in der inhaltlich-kommunikativen Dimension und seltener in der strukturell-organisationalen Dimension verortet werden können. Zugleich folgt der Umgang in der ersten Dimension häufiger einer konfrontativen als einer dialogorientierten Logik. Dies bedeutet, dass dort eher eine klare Abgrenzung gegenüber rechten Inhalten, Argumenten und Akteur*innen verfolgt wird. Das ist nicht verwunderlich, handelt es sich hierbei doch um zivilgesellschaftliche Organisationen, die aufgrund ihrer normativen Basis und ihres politischen Mandats aktiv für den bundesdeutschen Basiskonsens eintreten und sich somit in ihrer Wertorientierung diametral entgegengesetzt zu rechtspopulistischen Vorstellungen verorten.

In der strukturell-organisationalen Dimension tendiert der Umgang leicht in die konfrontative Richtung. Hier setzen die Verbände aber auch auf den Dialog und die Auseinandersetzung mit Haupt-, Ehrenamtlichen und Mitgliedern. Dabei tritt insbesondere das Hauptamt nur in selten Fällen mit rechten Einstellungen in Erscheinung. Probleme liegen also primär auf der Ebene der Ehrenamtlichen und Mitglieder. Das Ausschließen bleibt aber auch hier die Ultima Ratio und insbesondere für klare rechtsextreme Einstellungen und Taten vorbehalten. Zugleich lässt sich aber erkennen, dass die Möglichkeit für eine solche Reaktion ausgebaut wird. Davon zeugen Satzungsänderungen und vereinzelte Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Abbildung 2: Clusterbildung der Reaktionsprofile (Landesverbände)



Quelle: eigene Darstellung.

Auch bei den Reaktionsprofilen der einzelnen Subsysteme sind deutliche Differenzen auszumachen. Auf Basis dieser Unterschiede lassen sich die acht Reaktionsprofile der untersuchten Subsysteme in drei Cluster einteilen,²⁴ die im Folgenden so generiert werden: Cluster 1 – bestehend aus Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Freiwilliger Feuerwehr und Amtskirchen – ist durch einen klaren Wertebezug der jeweiligen Organisationen gekennzeichnet. Der Umgang mit rechten Aktivitäten ist folglich durch die stärkste Abgrenzung auf der inhaltlich-kommunikativen Ebene gekennzeichnet, während gleichzeitig nicht auf jede Aktivität automatisch reagiert wird, das (bewusste) Ignorieren also durchaus eine Rolle spielt. Auf der strukturell-organisationalen Ebene ist ebenfalls ein konfliktives Vorgehen, im Sinne des Ausschließens, über alle Ebenen der Organisation hinweg anzutreffen. Darin unterscheidet sich das Cluster 2 – bestehend aus Schützen und Fußball – indem dort zwar die Praxis des Ausschlusses anzutreffen ist, allerdings nur auf Mitgliederebene. Darüber hinaus kennzeichnet dieses Cluster die stärkste Dialogorientierung und eine schwächere Bedeutung hinsichtlich der Abgrenzung gegenüber konkreten Argumenten und Akteur*innen. Hier wird der inklusive Anspruch des Sports deutlich. Der Wertebezug und die Abgrenzung auf der inhaltlich-kommunikativen Ebene liegt im Cluster 3 – bestehend aus Naturschutz und Kultur – zwischen den anderen beiden Clustern. Sehr viel deutlicher unterscheidet es sich jedoch in der strukturell-organisationalen Dimension, weil hier Formen des Ausschließens fast keine Rolle spielen. Zugleich ist auch in diesem Cluster das Ignorieren von rechten Aktivitäten stärker anzutreffen. Insgesamt fällt der konkrete Umgang mit Aktivitäten jenseits des inhaltlich-kommunikativen Abgrenzens im dritten Cluster am schwächsten aus.

Inhaltlich-Kommunikative Reaktionen: Dies ist die dominierende Dimension unter den Reaktionsformen. Im Bereich der Abgrenzung gibt der allergrößte Teil der Verbände an, „manchmal“ oder häufiger auf recht Aktivitäten durch den Verweis auf die Werte der Organisation (96 %) und die Abgrenzung von rechten Argumenten (91 %) bzw. Akteur*innen (85 %) zu reagieren. Spenden lehnen 35 % der Verbände wenigstens „manchmal“ ab. Eine Auseinandersetzung mit rechts erfolgt hauptsächlich über die inhaltliche Ebene (86 %); Dialog mit rechten Akteur*innen (32 %) sowie kritische Gespräche mit Ehrenamtlichen (38 %) kommen in etwa einem Drittel der Verbände wenigstens „manchmal“ vor.

Strukturell-Organisational: Gefragt wurde unter dieser Überschrift nach sichtbaren Abgrenzungen der Verbände, die bis zum Ausschluss reichen können. Offensichtlich ist das der Ausschluss, als „härtere“ organisationale Maßnahmen den Ausnahmefall, die ultima ratio, darstellen; mithin sehr selten ergriffen werden. Nichtsdestotrotz gibt etwa ein Viertel der Organisation im Hinblick auf Ausgrenzen an, dass sie Ehrenamtliche „manchmal“ oder häufiger von Ämtern entbinden (24 %). Abmahnen von Hauptamtlichen kommt dagegen nur in etwa 10 % der Verbände vor. Härtere Maßnahmen, wie etwa die Ausschließung von Ehrenamtlichen (23 %) bzw. Mitgliedern (23 %) oder die Nichtaufnahme von neuen Mitgliedern (31 %) kommen in etwa einem Drittel der Verbände „manchmal“ oder öfter vor. Auch hier zählen Maßnahmen, die sich gegen hauptamtliche Funktionsträger*innen richten, zu den seltensten Reaktionsformen. So geben nur 11 % der Verbände an, Hauptamtliche „manchmal“ oder öfter entlassen zu haben.

²⁴ Es wurde nach drei Clustern gesucht (k-Means-Clustering, $k = 3$), da bei der Suche nach vier Clustern eines der Cluster nur noch aus einem einzelnen Subsystem besteht.

Satzungsänderungen sind eine besonders sichtbare Form der Reaktion. Sie stehen nicht am Anfang einer kollektiven Strategie, sondern bilden eher eine längerfristige Entwicklung ab. Ihnen gehen meist viele Debatten, Konflikte und Überlegungen voraus, um die eigene Organisation auf die rechte Herausforderung einzustellen. Auffallend viele Organisationen haben von diesem Mittel bereits Gebrauch gemacht. Etwa 59 % der Landesverbände haben ihre Satzungen geändert, um den Kampf gegen rechts auch als Ziel der eigenen Organisation stärker herauszuheben. Dagegen geben 23 % an, keine Veränderungen ihrer Satzung unternommen zu haben und 18 % machten hierzu keine Angabe. Auf die Frage danach, was geändert wurde, nennen die meisten Verbände die „Aufnahme/Hervorhebung demokratischer Werte“ (75 %) sowie ein Verbot der „Überlassung von Räumlichkeiten an Rechte“ (56 %). Knapp die Hälfte der Verbände (40–47 %) geben an, eine Unvereinbarkeitsklausel eingeführt zu haben, wodurch die gleichzeitige Mitgliedschaft in ihrer Organisation mit der Mitgliedschaft oder einem Amt in rechten Parteien unvereinbar ist.

Da eine souveräne Auseinandersetzung mit rechten Interventionen auch eine systematische Reflexion voraussetzt, wurde nach Indikatoren gesucht, die eine erste Annäherung ermöglichen, inwieweit eine solche in den Verbänden stattfindet. In Gesprächen gab es immer wieder den Hinweis darauf, dass eine Dokumentation von rechten Interventionen in der eigenen Organisation die Basis für eine systematische Reflexion bilden könnte. Festgehalten werden kann, dass lediglich zwei Fünftel (40 %) der hier befragten Landesverbände rechte Aktivitäten auf ihrer Organisationsebene dokumentieren. Es wurden dabei keine signifikanten Unterschiede zwischen den Subsystemen festgestellt. Die meisten Verbände dokumentieren dabei das Thema des Vorfalles (95 %) und den*die Akteur*in (86 %). Etwas weniger häufig geben die Landesverbände an, den*die Adressat*in des Vorfalles schriftlich festzuhalten (75 %).

Welche Schwierigkeiten treten bei der Dokumentation auf? Hierbei stellt sich für die Landesebene heraus, dass die befragten Verbände am häufigsten mit einer „unklaren Umsetzung“ (37 %) zu kämpfen haben, gefolgt von „fehlenden Ressourcen“ (28 %), „Datenschutzfragen“ (24 %) sowie der Tatsache, dass die Notwendigkeit einer Dokumentation in der Organisation nicht gesehen wird (21 %). Lediglich 2 % der Verbände geben an, dass die Dokumentation am „Widerstand relevanter Personen in der Organisation“ scheitert. Dies ist übrigens besonders häufig in den Subsystemen der *Freie Wohlfahrtspflege* und des Fußballs der Fall. Für etwa ein Drittel (32 %) der Verbände ist die Dokumentation mit „keinen Schwierigkeiten“ verbunden. Landesverbände in den Subsystemen *Kultur* und *Schützen* tendieren eher dazu, die Dokumentation als unproblematisch zu sehen; dagegen geben nur 9 % der Diözesen im Subsystem Kirche an, keine Probleme mit der Dokumentation von rechten Aktivitäten zu haben.

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Schwierigkeiten im Umgang mit rechts zeigt sich, dass „fehlende personelle/zeitliche/finanzielle Ressourcen“ im Vordergrund stehen (44 %). Hierin drückt sich wohl auch aus, dass es für viele Verbände schon schwierig ist, die bestehenden Kernaufgaben, die im Zentrum ihrer Arbeit stehen (Naturschutz, Sport etc.) zu bewältigen. Auch die Tatsache, dass „andere Probleme als wichtiger“ angesehen werden (36 %), spielt dabei eine Rolle. Immerhin ein Drittel der Verbände (32 %) hat laut eigener Aussage „keine Schwierigkeiten“ im Umgang mit rechts.

2.5 Welche Unterstützungsbedarfe werden präferiert?

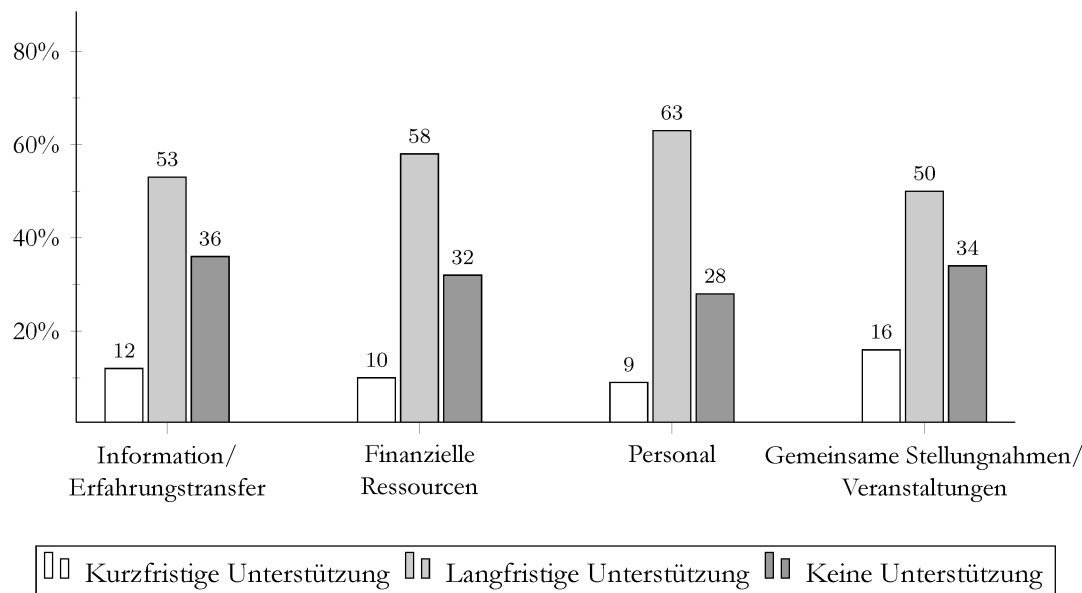
Da Verbände der organisierten Zivilgesellschaft in der Regel sehr heterogene Mitgliedschaften haben und funktional nicht für die explizite Auseinandersetzung mit rechten Interventionen aufgestellt sind, ist es zunächst einmal nicht weiter verwunderlich, dass sie sich mit souveränen Reaktionen nicht immer leichttun. Insofern ist es naheliegend, dass sie für diese Fragen auch Unterstützung außerhalb ihrer eigenen Organisationsebene oder gar Organisation suchen. Etwa 64 % der Landesverbände sind nach unserer Befragung im Umgang mit rechts bereits unterstützt worden. Für die meisten dieser Verbände (79 %) gilt, dass sie bereits unmittelbar von rechten Aktivitäten betroffen waren. Darüber hinaus wird Unterstützung vergleichsweise öfter in den neuen Bundesländern beansprucht. Nur in den Subsystemen Kultur (18 %) und Naturschutz (19 %) sind die unterstützten Verbände in der Minderheit.

Grundsätzlich werden Landesverbände mit „Informationen/ Erfahrungstransfer“ (99 %) und durch „gemeinsame Stellungnahmen/ Veranstaltungen“ unterstützt (92 %). Diese Unterstützungen sind nach Aussage der Verbände mehrheitlich langfristig angelegt. Andere Unterstützungsformen stehen diesen in ihrer Häufigkeit deutlich nach. Ein Großteil der Landesverbände gibt an, keine Unterstützung in Form von „Personal“ (62 %) oder „finanziellen Ressourcen“ (57 %) erhalten zu haben.

Bezogen auf die Gründe für die fehlende Unterstützung ergibt sich ein einheitliches Meinungsbild: So geben 82 % der Landesverbände an, dass sie „keine Unterstützung angefragt“ haben. Die anderen Gründe spielen hier eine klar untergeordnete Rolle.

Was erwarten sich die Organisationen von zukünftigen Unterstützungsangeboten? Auffallend ist, dass die Verbände davon ausgehen, dass sie weniger kurzfristige Unterstützung benötigen, sondern ein strukturelles Defizit an langfristiger Unterstützung im Umgang mit rechts sehen. So wünschen sich die meisten Verbände langfristig zusätzliches Personal (63 %) und finanzielle Mittel (58 %), um einen souveräneren Umgang mit rechts zu verankern. Nichtsdestotrotz geben je nach Unterstützungsform zwischen 28 % und 36 % der Verbände an, keinen zusätzlichen Bedarf an Unterstützung zu haben. Dies ist insbesondere im Subsystem *Kultur* der Fall.

Abbildung 3: Unterstützungsbedarfe



Quelle: eigene Darstellung.

2.6 Zwischenfazit

Die organisierte Zivilgesellschaft gilt als eine zentrale Quelle und Anwalt des Basiskonsenses. Zugleich ist sie aber auch ein Resonanzboden für rechtspopulistische Infragestellungen dieses Konsenses. Der gesellschaftliche Stimmungswandel im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise beflügelt auch innerhalb der Zivilgesellschaft einige Akteur*innen, ihre Kritiken direkter und offensiver zu formulieren. Dies kann die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft als Anwalt des Basiskonsenses schwächen und damit der – aus liberaldemokratischer Sicht – „schmutzigen Seite“ der Zivilgesellschaft eine veränderte politische Bedeutung verleihen.

Indem die „Grenzen des Sagbaren“ durchlässiger geworden sind, haben auch die Risse beim bundesdeutschen Basiskonsens zugenommen. Damit steigt auch die Intensität rechter Meinungsäußerungen, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in gesellschaftlich akzeptierter Form – nämlich als populistische Haltung – in Debatten und Konflikte integrieren.

Bezogen auf die eingangs formulierten Untersuchungsfragen zeigt sich *erstens*, dass rechtspopulistische Interventionen eine Infragestellung des Basiskonsenses mit der Politisierung systeminhärenter Konflikte verbinden. Diese bereits bestehenden Konflikte (Gelegenheitsstrukturen) werden erst dann sichtbar und verschärft, also politisiert, wenn sich ein Gelegenheitsfenster – beispielsweise im Zuge der Flüchtlingskrise, des Diesel-Skandals oder der Betriebsratswahlen – öffnet und dieses genutzt wird.

Bezogen auf die *zweite Untersuchungsfrage* zeigt sich, dass die Reaktionen der Verbände zwischen Prävention und eindämmungsorientierten Ad-Hoc-Aktivitäten changieren; sie gleichen zuweilen Suchbewegungen, in denen die organisationsspezifischen Unsicherheiten zum Ausdruck kommen. Trotz dieser Unsicherheiten in den Vereinen und Verbänden gibt es bislang keine signifikante rechte Landnahme im Sinne einer systematischen Politisierung der organisierten Zivilgesellschaft. Angesichts des Befundes, dass die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen keine konsistenten Gegenstrategien gefunden haben, ist dies nicht selbstverständlich.

Hinsichtlich der *dritten Untersuchungsfrage* sind sowohl Ähnlichkeiten als auch Divergenzen zwischen den untersuchten Feldern in Bezug auf rechtspopulistische Aktivitäten und im Umgang mit diesen erkennbar. Rechte Interventionen bilden für die organisierte Zivilgesellschaft eine Herausforderung, die einer Gratwanderung gleichkommt: Wie kann eine Positionierung gelingen, ohne die Tür für rechtsaffine Mitglieder zuzuschlagen? Die organisierte Zivilgesellschaft ist herausgefordert, ihre inneren Widersprüche zu bearbeiten, um ihre Aufgaben und ihren Anspruch als Hüterin des Basiskonsenses gerecht zu werden. Ob ihnen dies gelingt, entscheidet mit darüber, inwiefern sie als Schutzfaktor oder Einfallstor gegen Rechtsextreme wirken können. Dies ist umso notwendiger, je mehr ersichtlich wird, dass Erschöpfungssymptome in der organisierten Zivilgesellschaft selbst die Akzeptanz und Legitimität des Basiskonsenses schwächen.

3 Rechte Einflussnahmen auf zivilgesellschaftliche Organisationen in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie

Ziel der Partnerschaften für Demokratie ist es, vor Ort das demokratische Engagement zu befördern und die Zivilgesellschaft gegen menschen- sowie demokratiefeindliche Phänomene zu stärken. Damit stellen die Partnerschaften eine strategische Gegenkraft zu rechten Einflussnahmen auf den ambivalenten und umkämpften Ort der Zivilgesellschaft dar.²⁵ Grundlage hierfür bildet die lokale Verankerung der Partnerschaften sowie der Einbezug lokaler Handlungsträger*innen in die strategische Planung, Organisation und Umsetzung der Partnerschaften. Besonders in ländlich geprägten Regionen sind oftmals das bürgerschaftliche Engagement und damit insbesondere Vereine und Verbände definierend für das örtliche Gemeindeleben und stehen in einem reziproken Verhältnis zur lokalpolitischen Struktur.²⁶ Damit stellen Stellvertreter*innen der ansässigen zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Koordinator*innen der Partnerschaften zentrale Kooperationspartner*innen dar, während diese Gefüge zugleich als kritisches Einfallstor für rechte Akteur*innen und als Reproduktionsort demokratie- und menschenfeindlicher Ideologien fungieren können.

Vor diesem Hintergrund sowie in Anbetracht der durch die Corona-Pandemie zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung, die mit einem erhöhten Mobilisierungs- und Radikalisierungspotential durch rechte Akteur*innen einhergeht,²⁷ stellen sich derzeit in besonderem Maße folgende Fragen: Welche Phänomene der rechten Einflussnahme sind in den zivilgesellschaftlichen Organisationen vorzufinden? Vor welche Probleme sehen sich die Organisationen gestellt? Welche Handlungsunsicherheiten bestehen? Welche Maßnahmen sind geeignet, um entsprechenden Entwicklungen gegenzusteuern? Welchen Unterstützungsbedarf haben zivilgesellschaftlich infrastrukturell schwach ausgeprägte Standorte?

Als empirische Grundlage zur Beantwortung dieser Fragen und in Vertiefung der Untersuchung auf Verbandsebene (2) wurden anhand einer Online-Befragung Daten zu den Partnerschaften für Demokratie erhoben, qualitative Interviews sowohl mit Koordinator*innen der Partnerschaften als auch mit Stellvertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in den Netzwerken der Partnerschaften eingebunden sind und zugleich eine Betroffenheit durch rechte Einflussnahmen anmelden, geführt und Workshops mit beiden Akteur*innengruppen veranstaltet.

Im Folgenden wird als erstes diese methodische Vorgehensweise kurz beschrieben. Daran schließt die Auswertung des Datenmaterials an, wobei zunächst ein quantitativer Überblick über die Betroffenheit zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Netzwerken der Partnerschaften gegeben wird. Es folgt die Analyse des qualitativen Materials, bei denen der Schwerpunkt auf den Interviews mit den Stellvertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen liegt und durch Passagen aus den Interviews mit den Koordinator*innen ergänzt wird. In dieser Analyse soll die Breite der rechten Aktivitäten und Einflussnahmen sowie die unterschiedlichen Herausforderungen, die sich im Umgang mit diesen ergeben, herausgearbeitet werden. Hieran anschließend werden die Unterstützungsbedarfe der zivilgesellschaftlichen Organisationen

²⁵ Vgl. Geiges/Marg/Walter 2015.

²⁶ Vgl. Finkbeiner/Trittel/Geiges 2019, S. 285.

²⁷ Vgl. Grande/Hutter/Hunger/Kanol 2021; Bundesamt für Verfassungsschutz 2021.

und der Partnerschaften für Demokratie, die in den Workshops erarbeitet wurden, in strukturiert zusammengefasster Form vorgestellt. Das Kapitel schließt ab mit einem Fazit, das die aus dem Datenmaterial gewonnenen zentralen Erkenntnisse noch einmal hervorhebt und auf die in diesem Kapitel eingangs formulierten Fragen rückbezieht.

3.1 Methodisches Vorgehen

Um einen Überblick zur rechten Einflussnahme auf zivilgesellschaftliche Organisationen im Kontext der Partnerschaften für Demokratie zu gewinnen, wurde im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings der Partnerschaften (N = 300) eine Einschätzung seitens der Koordinator*innen ermittelt, inwiefern Organisationen von rechter Einflussnahme betroffen sind und intern damit umgegangen wird.²⁸

Da die rechte Einflussnahme auf diese Weise jedoch nur indirekt und übergeordnet abgefragt werden kann, wurde auf Grundlage der quantitativen Angaben und unter Mithilfe der Koordinator*innen der Partnerschaften bei der Rekrutierung relevanter Gesprächspartner*innen sechs qualitative Interviews mit Stellvertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus den Bereichen Feuerwehr, Kultur, freie Wohlfahrt, Schützenwesen und Flüchtlingshilfe akquiriert. Ergänzt werden die daraus gewonnenen Erkenntnisse mit Aussagen von Koordinator*innen, die im Zusammenhang regelmäßig stattfindender qualitativer Interviews zu lokalen Entwicklungen (n = 15) auch über rechte Einflussnahmen auf zivilgesellschaftliche Organisationen berichten konnten. Alle qualitativen Interviews wurden unter Zuhilfenahme eines Leitfadens geführt und deren Ton aufgezeichnet. Anschließend wurden die Interviews transkribiert und mit der Software MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet.

Um darüber hinaus einen vertieften Einblick in die diesbezüglich aktuellen Unterstützungsbedarfe zu gewinnen, wurden vier moderierte digitale Workshops sowohl mit Stellvertreter*innen aus Vereinen und Verbänden aus unterschiedlichen Bereichen als auch mit Koordinator*innen der Partnerschaften durchgeführt. Insgesamt meldeten sich 120 Personen für die Workshops an, darunter 67 Stellvertreter*innen und 53 Koordinator*innen. Die Ergebnisse zu den Unterstützungsbedarfen aus den Workshops wurden zusammenfassend protokolliert und werden im Anschluss der Auswertung der qualitativen Interviews strukturiert vorgestellt.

3.2 Phänomene rechter Einflussnahme

Der Anteil an Partnerschaften für Demokratie, an denen zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt sind, die seit der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms 2019 von internen rechten Aktivitäten betroffen waren, beläuft sich nach Angaben der Koordinator*innen auf 10 % (31).²⁹ Anzumerken ist hierbei, dass knapp ein Viertel der Koordinator*innen (22 %, 67) angeben, dies nicht beurteilen zu können. Ein zentraler Grund hierfür kann, neben der Indirektheit der Betroffenheitsabfrage, in der Sensibilität der Thematik selbst liegen. Bereits bei der Akquise der Interviewpartner*innen aus Vereinen und Verbänden, die durch rechte Ein-

²⁸ Für die rein quantitativen Daten siehe: Tabelle 1 bis 3 im Anhang.

²⁹ Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

flussnahmen betroffen waren, hat sich diese Sensibilität als eine für die Problemstellung symptomatische Herausforderung präsentiert.³⁰ Dies spiegelt sich auch in den Einschätzungen der Koordinator*innen wider, denen zufolge die Tendenz der Reaktionen auf rechte Aktivitäten überwiegend organisationsintern ausfallen (55 %, 17) und nur selten öffentlichkeitswirksam bearbeitet werden (16 %, 5).³¹

Von den betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die an den Partnerschaften für Demokratie beteiligt aktiv werden, sind nach Einschätzungen der Koordinator*innen mit jeweils um die 40 %, die meisten rechten Aktivitäten innerhalb der Bereiche freie Wohlfahrtspflege (39 %, 12) und Sport (42 %, 13) zu finden.³² Für die freie Wohlfahrtspflege sind nach derzeitigem Forschungsstand, neben unterschiedlichen Erscheinungsformen der strategischen Einschränkung von Handlungsspielräumen, z.B. im Kontext der Flüchtlingshilfe,³³ rechte Einflussnahmen vorwiegend über Spendenangebote zu beobachten.³⁴ In der vorliegenden Befragung kann dieser hohe Wert bei der freien Wohlfahrtspflege, unter die auch Projektträger der Partnerschaften gefasst wurden, sich zudem aus dem Zusammenhang ergeben, dass viele Koordinator*innen primär selbst in der Wohlfahrtspflege aktiv sind, daher einen direkten Einblick in diesen Bereich haben und ihn verstärkt einbinden. Beim Vereinssport hingegen zeigt sich laut der aktuellen „Mitte“-Studie, dass eine Mitgliedschaft neben einer integrativen und toleranzfördernden Kraft auch diskriminierende Tendenzen, wie eine häufigere Abwertung von Minderheiten, mit sich bringen kann.³⁵ Dies deckt sich auch mit der Einschätzung der Landesverbände, nach der im Fußball konkrete Bedrohungen überdurchschnittlich häufig stattfinden.³⁶ Die höchsten Werte nach der freien Wohlfahrt und dem Sport weisen mit jeweils fast einem Drittel der Partnerschaften (29 %, 9), für die die zuständigen Koordinator*innen eine Betroffenheit eingebundener zivilgesellschaftlicher Organisationen angeben, die Bereiche Kultur, Feuerwehr und Kirche auf. Heimatvereine wurden in dieser Frage separat abgefragt und sind zu 16 % (5) betroffen. Werden diese zur Kultur hinzugezählt, beläuft sich die Betroffenheit im Kulturbereich auf 45 % (14) und ist damit sogar etwas höher als der in unserer Auswertung am stärksten betroffene Bereich Sport. Ungefähr ein Achtel der Koordinator*innen (13 %, 4), die von rechten Aktivitäten in ihrer Partnerschaft eingebundenen zivilgesellschaftlichen Organisationen berichten, verorten diese im Naturschutz. Das ist im Vergleich zu den bisher genannten Bereichen wenig und überraschend, da es im Naturschutz durchaus rechtsextreme Ökolog*innen gibt, die unter anderem über den Heimatschutz, die völkische Siedlungsbewegung und das Thema der ‚Überbevölkerung‘ an Naturschutzdiskurse andocken.³⁷ In weiteren Bereichen wie Gewerkschaften und dem Schützenwesen kommen rechte Aktivitäten im Netzwerk der Partnerschaften nach Einschätzungen der Koordinator*innen nur vereinzelt vor. Die

³⁰ Dieselbe Symptomatik zeigt sich in Untersuchungen zu Rechtsextremismus im Sport. Siehe beispielhaft hierfür: Claus/Zajonc 2019, S. 29ff.

³¹ Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

³² Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

³³ Vgl. Pichl 2020; ISS e.V. 2019; Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin 2017.

³⁴ Vgl. Schroeder et al. 2020, S. 66f.

³⁵ Delto/Zick 2021.

³⁶ Vgl. Gliederungspunkt 2.3 in diesem Bericht.

³⁷ Vgl. Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz 2018.

niedrige Einschätzung im Schützenwesen deckt sich mit den Zahlen auf Landesebene, wohingegen Gewerkschaften auf dieser zu den am stärksten betroffenen Bereich zählen.³⁸

Rechte Aktivitäten treten in unterschiedlichen Erscheinungsformen auf, variieren in ihrer Intensität auf dem rechten Kontinuum und treffen abhängig vom Geschehenskontext auf ein jeweils anderes Problembewusstsein, an das wiederum eine Reihe von möglichen Reaktionen gekoppelt ist. Diese Varietät wurde im vorhergehenden Kapitel (2) bereits quantitativ angeschnitten und zeigt sich in einer vertiefenden Perspektive in den qualitativen Interviews, die mit den Stellvertreter*innen lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen geführt wurden. Im Kodierungsprozess dieser und unter Einbezug der qualitativen Interviews mit den Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie haben sich drei zentrale Kategorien herausgebildet,³⁹ die die Phänomene rechter Einflussnahmen und die damit verbundenen Herausforderungen umreißen: rechtsorientierte Normalität (3.2.1), rechte Aktivitäten in vielfaltfördernden Kontexten (3.2.2) und strategische Einflussnahme und Unterwanderung (3.2.3).

3.2.1 Rechtsorientierte Normalität

Rechtsextreme und damit anti-humanitäre Positionen werden in vielen Regionen und organisatorischen Kontexten nicht zwangsläufig als Problem wahrgenommen, sondern verlieren aufgrund einer „Verwischung der Grenzen, die das Gebiet des Rechtsextremismus festlegen und konstituieren“⁴⁰ an eindeutiger Zuschreibung und können in Teilen neue gesellschaftliche Akzeptanz gewinnen. Ein wichtiger, legitimierender und normalisierender Faktor ist dabei der Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien, die sich strategisch innerhalb dieser ‚Verwischung‘ bewegen und je nach Gelegenheit und Kontext bürgerlich-konservativ oder gruppenbezogen menschenfeindlich auftreten. Das entzieht Akteur*innen, die Rechtsextremismus entgegentreten, in vielen Situationen die Handlungs- und Argumentationsgrundlage und führt zu neuen Unsicherheiten im Umgang mit diesen Akteur*innen und deren Positionen, die sich auch in dem geäußerten Unterstützungsbedarf einer koordinierenden Person ausdrücken:

„Ich finde eine etwas flexiblere Handhabung mit diesem Neutralitätsgebot wichtig. Oder ich formuliere es mal anders: Ich würde mir eine Handreichung wünschen, auch mit praktischen Handlungsbeispielen. [...] Das auch mal plastisch zu machen, was heißt parteipolitische Neutralität und wo bitte schön bin ich an kein Neutralitätsgebot mehr gebunden, vor allen Dingen als Partnerschaft und auch als Einzelträger, weil es einfach gesellschaftspolitisch Diskurs, Debatte ist, wo man sich natürlich positionieren kann, muss und sollte. [...] Das muss mal anhand von Beispielen runtergebrochen werden, sodass man das auch den manchmal verunsicherten Projektträgern – ist ja nicht bei allen der Fall, aber bei manchen – mit an die Hand geben kann. (BL21-6_45)

Die Bandbreite der Ausdrucksformen des Rechtsextremismus und die aufgrund dessen mögliche Delegitimierung demokratiefördernder Bemühungen durch Neutralitätspostulate,⁴¹ löst bei den Akteur*innen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und von dieser Strategie betroffen sind, den Wunsch nach Eindeutigkeit und damit nach Handlungssicherheit aus. Für

³⁸ Vgl. Gliederungspunkt 2.3 in diesem Bericht.

³⁹ Für den Prozess der Kategorienbildung in der qualitativen Inhaltsanalyse siehe Kuckartz 2018, S. 63ff.

⁴⁰ Makovec 2020, S. 382.

⁴¹ Vgl. Säman 2021.

die Koordinations- und Fachstelle könnte sich die Bewältigung der daraus entstehenden Kontingenzen und damit der Handlungsunsicherheit durch eine Handreichung manifestieren, die sich nicht nur abstrakt, sondern „plastisch“ und „an praktischen Beispielen“ mit der Frage nach den Grenzen politischer Neutralität befasst und so den Akteur*innen innerhalb der Netzwerke der Partnerschaften für Demokratie eine feste Orientierungsgrundlage bietet. Zwar liegen mittlerweile viele Handreichungen und auch Richtlinien vor, die den Umgang mit rechten Rhetoriken und rechtspopulistischen Akteur*innen thematisieren und Handlungs- und Argumentationspfade aufzeigen,⁴² doch werden hier eine weiterhin bestehende Unsicherheit in der Auseinandersetzung in der konkreten Einzelfallbearbeitung und daraus folgende Einschränkungen für das demokratische Engagement ersichtlich, die nicht nur regional differieren, sondern auch stark vom jeweiligen Knowhow der Beteiligten abhängen.

Normalisierungspraktiken in der Feuerwehr

Diese Normalisierungsprozesse rechtsextremer Positionen finden nicht nur auf einer rein parteipolitischen Ordnungsebene statt, sondern stehen in einem wechselseitigen Verhältnis mit sozialen Lebenswelten, in die sie zum einen hineindiffundieren und in denen sie sich zum anderen praktisch bewähren müssen.⁴³ Wie diese Normalisierungspraktiken aussehen und welche Herausforderungen die Bearbeitung der daraus resultierenden rechtsorientierten Normalität mit sich bringt, zeigt sich in zwei Interviews mit Stellvertreter*innen der Feuerwehr. Bei beiden Interviewpartner*innen handelt es sich um Feuerwehrleute, die im ‚prekären ländlichen Raum‘⁴⁴ als solche tätig sind. Welcher Unterschied zwischen dem ländlichen und dem urbanen Raum in der Einordnung und Normalität rechter Aussagen bestehen kann, wird in einem Interview bei der Frage nach rechten Einflussnahmen in der Feuerwehr ganz explizit angesprochen:

„Es ist immer schwierig zu sagen. Weil immer der Punkt ist, ab wo setzt man denn die Grenze, was ist eine rechte Einflussnahme und was ist tatsächlich allgemein akzeptiert. Also ich sage mal, ich wohne in einer Region, wo manche Sprüche, und gerade im ländlichen Raum, gerade auf dem Dorf noch akzeptiert sind, die, denke ich mal, in Großstädten [...] nicht derart akzeptiert werden. [...] Wie gesagt, von einer Menge Sprüchen, die man dann immer so hat, wo man sich halt doch Gedanken macht, ist das jetzt noch akzeptabel oder überschreitet das jetzt eigentlich schon meine Akzeptanzgrenze von dem, was hier so an Worten fällt. Aber da muss ich auch im Umgang tatsächlich sagen, auch von mir, eigentlich blöderweise, aber man winkt dann immer ab und denkt so: Okay, lass sie halt reden.“ (OrgZiv3_7)

Erneut fehlt die Eindeutigkeit der Zuordnung dessen, was noch akzeptiert werden sollte. Ohne diese ist eine für alle einsehbare legitime Grundlage für Gegenrede, die auch daraus potentiell resultierende soziale Risiken vermindern würde, nicht gegeben. Sicherer ist es daher, „abzuwinken“ und die Leute „reden zu lassen“.

Vor dem Hintergrund dieser gelebten rechtsoffenen Normalität stößt ein kritisches Standing innerhalb einiger Feuerwehren oft nicht nur auf Unverständnis, sondern kann auch in unter-

⁴² Vgl. u.a. Aktionsbündnis Brandenburg o.J.; Amadeu Antonio Stiftung 2021.

⁴³ Vgl. ebd., S. 379; Kurtenbach 2018, S. 247ff.

⁴⁴ Vgl. Simon 2020, S. 165.

schiedlicher Härte sanktioniert werden. Nach Angaben auf Landesebene wird es in den meisten Bereichen zivilgesellschaftlicher Organisationen durchaus erlebt, das Demokratieengagement der Anlass für rechte Aktivitäten sein kann.⁴⁵ So mündeten ebenfalls die Bemühungen einer Koordinations- und Fachstelle, Feuerwehren in die lokale Partnerschaft für Demokratie einzubinden, in der Amtsenthebung engagierter Jugendwehrvertreter*innen:

„Ansonsten sind die Feuerwehren von Kopf bis Fuß auch sehr antidemokratisch. Also ja, die Partnerschaft für Demokratie, auch seit ich das Ganze begleite und Aufsicht habe, noch keinen Fuß in die Tür bekommen, ganz im Gegenteil: Personen, mit denen gut zusammengearbeitet werden konnte, und das waren einige Vertreter der Jugendfeuerwehren, die sind nach und nach ihrer Ämter enthoben worden.“ (BL21-13_25)

Die Koordinations- und Fachstelle macht diese drastische Reaktion der Amtsenthebung an der antidemokratischen Grundhaltung der Feuerwehren in seiner Förderregion fest. Auf diese wird die Kooperation von Feuerwehrmitgliedern mit externen Akteur*innen, die sich gegen Rechtsextremismus und für demokratische Werte engagieren, erschwert. Nicht selten herrscht eine Atmosphäre vor, die Reaktionen unterdrückt, welche der Reproduktion rechter und rechtsextremer Normalisierungspraktiken in diesen Organisationskontexten Einhalt gebieten könnten. Anschaulich wird das in einer Interviewpassage über eine Versammlung geschildert, in der eine ehemalige Jugendwehrleitung ihre Amtsenthebung aufgrund demokratiefeindlicher Posts und dem Wirken des Kreisvorstandes anprangert:

„Jetzt hat der XXX [Name der ehem. Jugendwehrleitung, Anm. d. Verf.] das in eine Jugendversammlung gebracht. Wer ist jetzt der Böse – der XXX [Name der ehem. Jugendwehrleitung, Anm. d. Verf.], oder der Kreisvorstand? Ich kann Ihnen sagen, was die Jugendwarte da denkt: Der Kreisvorstand. Ganz wenige Ausnahmen wider. Es gibt dann die, die dann sagen: Ja, ganz toll. Und dann gibt es die, die den Mund halten. Und die den Mund halten, noch mal, wenn der in diese Sitzung – da war ich mit dabei – auch dagegengesprochen hätte, die würden mir fast leidtun. Das wollen Sie jetzt nicht hören. Aber es ist so. Von daher, mitschwimmen mit der Masse, sage ich mal so.“ (OrgZiv6_15)

Nur Personen, die der ehemaligen Jugendwehrleitung zustimmen, melden sich in der Versammlung zu Wort. Eine andere ausgesprochene Meinung wäre in diesem Kontext mit hohen sozialen Kosten verbunden; besonders, da sie „nicht nur einen politische[n], sondern zugleich einen persönlichen Konflikt im Nahbereich“⁴⁶ einer sich gegenteilig äussernden Person bedeuten würde.

„[...] dagegenreden tut keiner. Wenige. Du wirst auch dort Außenseiter. Da brauchen Sie nicht meinen, dass sie da so ohne Weiteres mit ihrer Meinung durchkommen.“ (OrgZiv6_13)

Gegenläufige Ansichten werden durch die Gefahr des Ausschlusses und damit der Gefährdung der nicht nur professionellen, sondern oft auch freundschaftlichen Verhältnisse zu den ‚Feuerwehrkamerad*innen‘ verschwiegen. Wenn mit Kamerad*innen zudem gemeinsame Erfahrungen geteilt und schwierige Einsätze überwunden wurden, begünstigt dies, über deren Einstellungen und Äußerungen hinwegzusehen.

⁴⁵ Siehe: Gliederungspunkt 2.3 in diesem Bericht.

⁴⁶ Palloks/Steil 2008, S. 35.

Gegenmaßnahmen sind vor dem Hintergrund der beschriebenen Dynamiken nur schwer erfolgreich umzusetzen.

Eine Möglichkeit, diese Dynamiken zumindest teilweise zu umgehen, sieht das interviewte Feuerwehrmitglied in Einzelgesprächen mit rechten oder rechtsoffenen Kamerad*innen.

„Persönliche Gespräche sind meistens noch gut. Gespräche innerhalb der Gruppe werden schwierig. Weil das ist teilweise wie so ein Eskalationsding: Aber der Politiker hat zu dem Moment das gesagt [...]. Hast du Vieraugengespräche funktioniert es eher als du hast eine Gruppe vor dir von 40, 50 Leuten. Das hast du bei der Feuerwehr relativ schnell.“ (OrgZiv6_21)

Demokratiebildende Maßnahmen strukturell, z.B. in der Wehrleiterausbildung zu etablieren, stößt innerhalb der Feuerwehr häufig auf Widerstand. Dem Ruf danach wird entgegengesetzt, dass das nicht die Aufgabe der Feuerwehr sei.

„Demokratie ist eine Basis, die muss irgendwo anders herkommen. Das ist keine Feuerwehraufgabe an sich. Wir sind: Retten, Löschen, Bergen, Schützen, das ist so der Kernbereich.“ (OrgZiv6_21)

Während solche Maßnahmen bei den Erwachsenen derzeit nicht durchsetzbar zu sein scheinen, wird von beiden Interviewpartner*innen betont, dass es diese in den Jugendfeuerwehren sehr wohl gibt.

„Also in der Jugendfeuerwehr ist tatsächlich auch ein Teil Demokratieförderung mit drin. [...] Also die Jugend macht da immer viel. Die tun sich auch immer gerne im Ort beteiligen an irgendwelchen Projekten. Aufräumprojekt vom Park oder so. Die Jugendfeuerwehr hat auch einen Jugendsprecher, alles so Sachen, wo man sagt, wir bringen die Grundzüge der Demokratie den Kindern eigentlich schon sehr zeitig mit.“ (OrgZiv3_21)

Eines der interviewten Feuerwehrmitglieder ist neben der Arbeit in der lokalen Wehr auch in einem Feuerwehr-Dachverband tätig und hat besonders über die Jugendwehren des Bundeslandes, dem es zugehört, einen guten Überblick. Damit erkennt es, wie sich in der Zukunft durch das Älterwerden der sensibilisierten Jugendlichen in der Feuerwehr eine positive Entwicklung abzeichnen könnte.

„Jugendfeuerwehr, da sind wir sehr gut. Die Jugendlichen mit wenigen Ausnahmen getriggert über das Elternhaus, meiner Ansicht nach, da sind wir sehr, sehr weit in XXX [Name des Bundeslandes, Anm. d. Verf.]. Also ich glaube mal, wenn wir jetzt noch zehn Jahre warten, wird es besser.“ (OrgZiv6_21)

Besonders die Implementation der Jugendleiter*incard (Juleica) in den Jugendfeuerwehren seines Bundeslandes, für deren Erhalt Ausbildungsmaßnahmen auch im Bereich der Demokratiebildung durch Themen wie „Partizipation, Geschlechterrollen und Gender Mainstreaming, Migrationshintergrund und interkulturelle Kompetenz“⁴⁷ vermittelt werden, hebt das interviewte Feuerwehrmitglied in diesem Zusammenhang hervor.

⁴⁷ Juleica o.J., S. 1.

3.2.2 Rechte Aktivitäten in vielfaltfördernden Kontexten

Nicht nur innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen, in denen rechte Positionen normalisiert werden, sind rechte Aktivitäten vorzufinden, auch drei Interviewpartner*innen aus Vereinen, die aufgrund ihrer vielfaltfördernden Tätigkeit eindeutig rechtsextremistischen Positionen entgegenarbeiten, berichten von rechten Aktivitäten in den eigenen Reihen und den Herausforderungen im Umgang mit diesen.⁴⁸ Bei den Vereinen handelt es sich um eine Flüchtlingshilfe, einen Integrationsrat und ein integratives Wohnprojekt. Die rechten Interventionen und die Reaktionen der Vereine werden zunächst in einer kurzen Übersicht skizziert und anschließend in Bezug auf die mit den Vorfällen einhergehenden Schwierigkeiten und Besonderheiten näher betrachtet.

- Die Flüchtlingshilfe hat ein Mitglied aufgrund betonter rechtsorientierter Überzeugungen, die unvereinbar mit den Werten und Aufgaben im Umgang mit Geflüchteten und Flüchtlingshelfer*innen sind, in einen anderen Tätigkeitsbereich versetzt.
- Der Integrationsrat hat sich von einem Kooperationsmitglied und dem muslimischen Verein, in dem dieses den Vorsitz hatte, wegen antisemitischer Posts, für die es derzeit auch juristisch mit dem Vorwurf der Volksverhetzung belangt wird, in Absprache mit der Stadtverwaltung und der Vertretung der lokalen jüdischen Gemeinde, distanziert.
- Das integrative Wohnprojekt hat unter Zuhilfenahme eines Mobilen Beratungsteams einen Vorfall, bei dem eine dort wohnende Person alkoholisiert ihrer somalischen Nachbarsfamilie Angst einjagte und die Einordnung des Vorfalls sich sehr schwer gestaltete, aufgearbeitet und besagte Person aufgrund ihres vorhergehenden Engagements, erkennbarer Reue und einer mildernden Erzählung des Vorfalls durch die betroffene Familie nur abgemahnt.

„Nein, das war eigentlich einstimmig, dass wir gesagt haben, XXX [Name des Mitglieds, Anm. d. Verf.] soll sich ein anderes Betätigungsfeld im Verein suchen.“⁴⁹

Am direktesten wurde die Versetzung des rechtsgesinnten Mitglieds der Flüchtlingshilfe in den Bereich des Seniorenfrühstücks gehandhabt. Hier waren sich die Vereinsmitglieder im Umgang einig und das besagte Mitglied hat keinerlei Widerstand in Reaktion auf diese Entscheidung gezeigt.

*„Nein, das war eigentlich einstimmig, dass wir gesagt haben, XXX [Name des Mitglieds, Anm. d. Verf.] soll sich ein anderes Betätigungsfeld im Verein suchen. Das war einstimmig. [...] Das war für XXX [Name des Mitglieds, Anm. d. Verf.] okay.“
(OrgZiv1_23/29)*

Begründung für die Versetzung war die Unvereinbarkeit der Wertvorstellungen des Mitglieds mit denen der Flüchtlingshilfe. Der Verweis auf die Werte der Organisation ist nach Angaben von Stellvertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen auf Landesebene die häufigste inhaltlich-kommunikative Reaktion.⁵⁰ Trotz weiterer Schwierigkeiten im neuen Tätigkeitsfeld – beim Frühstück hat das Mitglied „mit diesen älteren Menschen so gewettert für XXX [Name

⁴⁸ Dass eine hohes Bewusstsein für die Gefahr von rechts nicht zwangsläufig mit einer hohen Sensibilität für rechte Aktivitäten der eigenen Mitglieder korreliert, wurde bereits auf der Ebene der Landesverbände in Gliederungspunkt 2.2 gezeigt.

⁴⁹ OrgZiv1_23.

⁵⁰ Siehe: Gliederungspunkt 2.4 in diesem Bericht.

einer rechtspopulistischen Partei, Anm. d. Verf.]“⁵¹– wurde es nicht aus dem Verein ausgeschlossen, sondern hat mit Verweis auf die Vereinssatzung eine Abmahnung erhalten. Die mit der Person auftretenden Schwierigkeiten konnten aufgrund der überschaubaren Größe des Vereins, der Einstimmigkeit der Mitglieder im Umgang, der Möglichkeit der Versetzung in ein anderes Tätigkeitsfeld, dem Verweis auf die Vereinssatzung und der weitestgehenden Kooperation besagter Person jeweils ad hoc bearbeitet werden. Die Person wird nicht als gefährlich erachtet, sondern als schwierig, eigen und unverbesserlich eingeschätzt, was für die restlichen Mitglieder keinen zwangsläufigen Ausschluss bedeutet. Die Angelegenheit wird niedrigschwellig gehalten und die betreffende Person darf sich vorerst weiterhin im Verein engagieren.

„Der Integrationsrat hat sehr gestritten.“⁵²

Herausfordernder gestaltete sich die Distanzierung des Integrationsrates von ihrem Kooperationspartner, der aufgrund antisemitischer Posts in den sozialen Medien wegen Volksverhetzung angezeigt wurde. Die Mitglieder des Rats wurden von der Information überrumpelt und es gab unterschiedliche Meinungen zum richtigen Umgang mit der angeklagten Person und dem Verein, in dem sie vorständig war.

*„Der Integrationsrat hat sehr gestritten. [...] Also, es wollten alle kritisieren, ganz klar. Das schon. Aber bis hin, dass man [ihr*ihm] Geld gibt für einen interreligiösen Dialog. Und [ihr*ihm] Zeit gibt für eine Stellungnahme bis zu der Position, die sagt, das ist nicht akzeptabel und zu verurteilen. Und die hat sich durchgesetzt, ganz knapp.“ (OrgZiv2_29)*

Die vorhergehende Zusammenarbeit mit der betreffenden Person und die öffentlich sichtbare Unterstützung seines Vereins drängen auf eine Reaktion, während es zugleich keinen ausgewiesenen Königsweg für den richtigen Umgang gibt. Stattdessen boten sich unterschiedliche Handlungsoptionen an, die alle ihre Vor- und Nachteile mit sich bringen. Die drängenden Faktoren und die Unsicherheit in der Auswahl der richtigen Reaktion äußerten sich im Integrationsrat im Streit. Besonders in diesem Entscheidungsprozess war, dass die Diskussion aufgrund der Corona-Pandemie nicht face-to-face, sondern in Form einer Rundmail geschah, was die gewohnte Gesprächsdynamik veränderte und nach Einschätzung der Interviewpartnerin verbesserte.

„Ich denke, per Rundmail hatten die Leute mehr Zeit über ihre Position nachzudenken. Also bei den mündlichen Diskussionen ist es ja oft, das ist die Erfahrung, dass wer am besten, wer am längsten reden kann, der hat gewonnen, sage ich mal so salopp.“ (OrgZiv2_35)

Aufgrund fehlender performativer Redestrategien, die in der direkten Interaktion die Durchsetzung eines Argumentes begünstigen können, konnte sich in der Rundmail eher der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“⁵³ behaupten. Was den Prozess der Entscheidung zudem beeinflusste, war die Reaktion anderer lokaler Stichwortgeber*innen, die wiederum auf die Reaktion des muslimischen Vereins warteten, in dem die angeklagte Person vorsitzend war. Schließlich haben sich die Stadtverwaltung und die lokale jüdische Gemeinde ebenso wie der Integrationsrat vom angeklagten Vereinsvorsitz distanziert und eine weitere Zusammenarbeit

⁵¹ OrgZiv1_31.

⁵² OrgZiv2_29.

⁵³ Habermas 1971, S. 131.

mit dem muslimischen Verein, wartend auf eine Stellungnahme, die bis zum Zeitpunkt des Interviews weiterhin ausblieb, vorerst abgebrochen.

„Also das mobile Beratungsteam war super in dem Punkt. Also die haben uns da auch wirklich gut beraten, muss ich sagen“⁵⁴

Eine Herausforderung stellte auch der Umgang mit dem Mitglied des integrativen Wohnprojekts dar, das während einer Gartenparty alkoholisiert in die Wohnung der aus Somalia geflohenen Nachbarfamilie eingedrungen ist. Darüber, aus welchen Gründen dies geschah und was die Person in der Wohnung genau gemacht hat, variiert in den Erzählungen der Beteiligten und reicht vom bloßen Hallo sagen bis zu rechtsextremistischen Äußerung und der Androhung von Körperverletzung. Erschwerend kommt für die Einschätzung des Vorfalls der Faktor hinzu, dass die Betroffenen kaum Deutsch sprachen. Während es bereits Stimmen unter den Leiter*innen des Wohnprojektes gab, die Person aus dem Wohnprojekt auszuschließen, wurde sich zur Unterstützung an ein Mobiles Beratungsteam gewandt.

„Also das mobile Beratungsteam war super in dem Punkt. Also die haben uns da auch wirklich gut beraten, muss ich sagen, neutral von dem Gesichtspunkt. Und die hatten uns halt auch dazu geraten, also sie haben es auch so eingeschätzt, dass es jetzt nicht der super rechtsextreme Vorfall war, sondern dass es halt wirklich da irgendwie aufgrund von dem Alkohol [dazukam, Anm. d. Verf.]. Also die hatten uns da letztendlich dann auch dazu geraten, wirklich nur die Abmahnung zu schreiben und nicht gleich die Kündigung. [...] Weil die auch meinten, das ist sonst schwierig, wenn die wirklich jetzt vor Gericht gehen würden gegen diese Kündigung, könnte es halt auch schwierig werden.“ (OrgZiv4_65)

Das Mobile Beratungsteam konnte aufgrund seiner Außenperspektive und Expertise den Vereinsleiter*innen in der Einschätzung des Falls und dem damit verknüpften Prozess sowie rechtlichen Fragen unterstützend zur Seite stehen. Die Verunsicherung wurde auf diese Weise durch professionelle Hilfe aufgefangen und organisationsinternen Konflikte zum richtigen Umgang konnten vermieden werden.

3.2.3 Strategische Einflussnahme und Unterwanderung

Das explizite Ziel rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteur*innen, „im Alltag der Menschen anzukommen“⁵⁵, zeigt sich in unserem Datenmaterial nicht nur in der Praxis rechtsoffener Normalität und rechten Aktivitäten in sensibilisierten Kontexten, sondern auch in eindeutigen Versuchen der strategischen Einflussnahme und Unterwanderung.

Einflussnahme über Spenden

Die Koordinations- und Fachstelle einer Partnerschaft berichtet von einem Fall, in dem die Kleiderspendenaktion einer extremistischen Organisation in den Räumen eines Wohlfahrtsverbandes noch erfolgreich abgewehrt werden konnte:

⁵⁴ OrgZiv4_65.

⁵⁵ RAA 2008, S. 7.

*„Da hatte die XXX [Name einer lokalen rechtsextremistischen Organisation, Anm. d. Verf.], war da hier aufgetreten. Und zwar hatten die versucht, über eine Kleiderspendenaktion bei YYY [Name des Wohlfahrtsverbandes, Anm. d. Verf.] sozusagen eine Zusammenarbeit hinzubekommen. Also die wollten da irgendwie gerne die Räumlichkeiten nutzen und dann hatten die Kolleg*innen von YYY [Name des Wohlfahrtsverbandes, Anm. d. Verf.] recherchiert, was das für eine Gruppe ist und dann eben auch festgestellt, dass es sich um eine rechtsextremistische Organisation handelt, die eben versucht hat über so eine soziale Aktion mit Kleiderspenden da irgendwie Fuß zu fassen.“ (BL21-10_13)*

Hätte die Spendenaktion in den Räumlichkeiten des Wohlfahrtsverbandes stattgefunden,⁵⁶ hätte das eine gemeinschaftliche Kooperation des Verbandes und der rechtsextremistischen Organisation suggeriert und letztere darin unterstützt, sich in der Gemeinde als Organisation sozialer Unterstützung zu etablieren. Dieser Logik folgend sind Spenden und Sponsoring eine bereits bekannte Strategie rechter Akteur*innen.⁵⁷ Auf die Frage, ob es solche Spendenversuche in der Feuerwehr gibt, antwortet eine*r der Interviewten wie folgt:

„Nehmen wir nicht an. Als Kreisverbände und Landesfeuerwehrverband nehmen wir sie nicht an. Was eventuell ein kleiner Förderverein macht, kann ich Ihnen nicht sagen. Da habe ich aber auch gar keine Informationen dazu.“ (OrgZiv6_33)

Besonders in kleinen Vereinen ist der Einblick für Dachverbände schwierig. Doch selbst wenn Spenden an keine Bedingungen geknüpft sind, *„kann er [der Spender, Anm. d. Verf.] damit werben, dass er den Verein unterstützt – und diese Werbung hat der Verein nicht in der Hand“*.⁵⁸ Ebenso können Institutionen anschließend medial, dadurch, dass sie mit der rechtsextremen Organisationen in Verbindung gebracht werden, in ihrem Ruf geschädigt werden.⁵⁹ Nach Angaben auf Landesebene kommen Versuche materialer Einflussnahme vorwiegend im Bereich der Kirchen vor und nie im Schützenwesen oder im Naturschutz.⁶⁰

Unterwanderungsversuche

Ein erfolgreich abgewehrter Unterwanderungsversuch zeigt sich in einem Fall, von dem eine Koordinierungs- und Fachstelle berichtet. Einer rechtspopulistischen Partei nahestehende Eltern wollten über ihre Kinder einen Jugendbeirat infiltrieren.

„Wir haben in XXX [Name einer Ortschaft, Anm. d. Verf.] gerade einen Kinder- und Jugendbeirat, der sich frisch gegründet hat. Und kurz vor der Gründung war dann die Frage: Wer will alles mitmachen? Und wir dann über Umwege festgestellt oder mitgekriegt haben – ist jetzt auch keine große Überraschung –, dass aus Elternteilen, die sehr YYY-nah [Name einer rechtspopulistischen Partei, Anm. d. Verf.] sind, also die gesamten Kinder sozusagen instrumentalisiert wurden, sich zur Wahl zu stellen für diesen Kinder- und Jugendbeirat. So, und dann können wir eins und eins zusammenzählen, was da rauskommt.“ (BL21-11_21)

⁵⁶ Ein Verbot der Überlassung von Räumen an Rechte stellt nach Angaben von Stellvertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, eine häufige Satzungsänderung für Organisationen dar. Siehe hierfür: Gliederungspunkt 2.4 in diesem Bericht.

⁵⁷ Vgl. InSchwung – für Demokratie und Beteiligung 2020.

⁵⁸ Schwenzer/Büttner 2014, S. 21.

⁵⁹ Vgl. InSchwung – für Demokratie und Beteiligung 2020, S. 5.

⁶⁰ Siehe: Gliederungspunkt 2.3 in diesem Bericht.

Durch die gute Einbindung der Koordinierungs- und Fachstelle in die Kommune, konnte diese von dem Unterwanderungsversuch noch vor der Gründung des Beirats erfahren und diesen dadurch verhindern. Problemkandidat*innen die Mitgliedschaft von vornherein zu verweigern, stellt den einfachsten Weg dar, mit rechten Vereinnahmungsversuchen zivilgesellschaftlicher Organisationen umzugehen.⁶¹

Doch nicht immer sind Gesinnung und Intention der Mitgliedschaftsanwärter*innen von vornherein zu erkennen. Wie ein solcher Ausschlussprozess aussehen und auf welche Hürden dabei gestoßen werden kann, wenn eine rechtsextreme Person bereits Mitglied ist, wird in dem Interview mit der Stellvertretung eines Geschichtsvereins deutlich. Diese erfuhr von der Mitgliedschaft einer rechtsextremen Person, die in der rechtsradikalen Szene eine bekannte Größe darstellt und bereits wegen der Leugnung des Holocausts verurteilt wurde. Die Stellvertretung hat auf diese Erkenntnis hin deren Ausschluss beantragt, ist beim Vereinsvorstand aber zunächst nur auf eine Abwehrhaltung gestoßen.

„Ich muss sagen, zu meinem großen Erstaunen hat es großer Diskussion bedurft mit dem Vorstand des Historischen Vereins, um ihn zu überzeugen, beziehungsweise überzeugen ließ er sich nicht, einige der Herren waren nach wie vor der Meinung, der XXX [Name des rechtsextremen Akteurs, Anm. d. Verf.] ist nie aufgefallen und den können wir nicht einfach rausschmeißen. Daraufhin sind wir auch an die Presse gegangen.“ (OrgZiv5_13)

Die Gründe für den Widerstand werden von den Betroffenen auf sachlicher Ebene nicht ausgeführt. Aus rechtlicher Sicht spricht nichts dagegen; es müssen nur die in der Vereinssatzung festgelegten Gründe und Verfahren für einen Ausschluss eingehalten werden, da der Ausschluss sonst gerichtlich für unwirksam erklärt werden kann.⁶² Mithilfe des Drucks durch die Presse konnte die Kündigung des rechtsextremen Mitglieds schließlich noch beim Vereinsvorstand durchgesetzt werden. Ein zentrales Hilfsmittel in diesem Prozess war zudem ein juristisches Gutachten, das die Verurteilung des Vereinsmitgliedes bestätigte.

*„Weil der Vorstand des Historischen Vereins immer so pseudojuristisch argumentiert hat, das könne man nicht und wo steht es, dass [sie*er Holocaust-Leugner*in] ist, habe ich einen Anwalt beauftragt, ein Gutachten über XXX [Name des rechtsextremen Akteurs, Anm. d. Verf.] anzufertigen.“ (ebd.)*

Aufgrund der Satzung konnte der Rechtsextremist jedoch Beschwerde gegen seine Kündigung einlegen, auf die dann mit einer außerordentlichen Mitgliederversammlung reagiert werden musste.

*„Also [sie*er] hat den absoluten Biedermann vorgespielt. Sagte aber dann: Und ist hier eine YYY [Name der Interviewpartnerin, Anm. d. Verf.]? Sage ich: XXX [Name des rechtsextremen Akteurs, Anm. d. Verf.], selbstverständlich bin ich da. Und [sie*er] hat mich dann auch persönlich attackiert auf ziemlich üble Weise. Dass einem manchmal schon etwas mulmig wird. Denn Sie wissen ja, man kann dann auch ins Visier dieser Rechtsradikalen geraten, was ja nicht ganz so ungefährlich ist.“ (ebd.)*

⁶¹ Vgl. RAA 2008, S. 12ff.

⁶² Vgl. ebd., S. 21.

In der Mitgliederversammlung präsentierte die rechtsextreme Person sich als unbescholten, sprach aber zugleich ostentativ den Menschen an, von dem sie wusste, dass er für ihren Ausschluss impulsgebend war. Das hatte für diesen, im Kontext der Vernetzung der Person in die rechtsradikale Szene, einen drohenden Gestus. Die Angst vor der Reaktion rechtsextremer Akteur*innen, die durch den Rechtsterrorismus, rechtsextreme Straf- und Gewalttaten, gewaltbereite Auftritte z.B. auf Demonstrationen sowie Todeslisten geschürt werden, können das couragierte Eingreifen Einzelner hemmen. Der Ausschluss der rechtsextremen Person war schließlich mit einer Zweidrittelmehrheit erfolgreich. Die Chance der rechtsextremen Person, den Rauswurf für die Plausibilisierung rechter Ideologien zu nutzen, folgte aber auf dem Fuße.

*„In einer Stellungnahme beklagt [sie*er] ein Trauerspiel mit manchen Zeitgenossen – also Zitat XXX [Name des rechtsextremen Akteurs, Anm. d. Verf.] –, die leider nicht die Toleranz aufbringen, mit anderen Meinungen leben zu können. XXX [Name des rechtsextremen Akteurs, Anm. d. Verf.] meint eine Unterwanderung durch einen – Zitat – gewissen Personenkreis zu erkennen, der den ZZZ [Name des Geschichtsvereins, Anm. d. Verf.] für einzelne politische Zwecke [linke Unterwanderung, Anm. d. Verf.] missbrauche. Also [...] wolle [sie*er] den Verein nicht alleine lassen.“ (ebd.)*

Im Nachwirken seines Ausschlusses stellte sich der Rechtsextremist als Opfer dar, das im Sinne der Demokratie mit seinem mitgliedschaftlichen Engagement dem angeblich durch Links unterwanderten Verein helfen wollte.

„[...] die ständige rhetorische Bekräftigung der Unterlegenheit immunisiert das eigene Sprechen gegen Stigmatisierungen, versieht sich dabei gleichzeitig sogar selbst mit einer kritischen Attitüde und plausibilisiert sich so.“⁶³

Mit dieser Strategie generierte die rechtsextreme Person aus seinem Ausschluss einen Mehrwert für die Verbreitung seiner Ideologie. Die Presse, die den notwendigen Druck auf die Kündigung durch den Vereinsvorstand aufbauen konnte, bat dem Rausgeworfenen zugleich eine Bühne für seine Opferbekundungen und damit der Plausibilisierung rechtsextremer Positionen. Der in diesen Bekundungen angegriffene Verein konnte mit seinem Handeln jedoch langfristige und tiefgreifende Schädigungen, die durch das Engagement der rechtsextremen Person in der Organisation noch hätten verursacht werden können, abwenden und damit zugleich ein Zeichen gegen rechtsextreme Ideologien setzen.

3.3 Unterstützungsbedarfe zivilgesellschaftlicher Organisationen

Um erste Erkenntnisse in die Praxis zu tragen und eine Übersicht zu Unterstützungsbedarfen zivilgesellschaftlicher Organisationen im Umgang mit rechter Einflussnahme und rechten Aktivitäten zu generieren, wurden vier digitale Workshops durchgeführt, zu denen sowohl Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie als auch Stellvertreter*innen unterschiedlicher Verbands- und Vereinsbereiche eingeladen wurden. Innerhalb der vier Workshops wurde der Schwerpunkt auf den jeweils entsprechenden Bereich gelegt. Eingeladen wurden Stellver-

⁶³ Makovec 2020, S. 336.

treter*innen aus den Bereichen Sport, Naturschutz und der Feuerwehr sowie Stellvertreter*innen aus ‚weiteren Bereichen‘ zu einem gesonderten offenen Termin.⁶⁴ Die Unterstützungsbedarfe, die dort in Zusammenarbeit der Stellvertreter*innen und der Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie erarbeitet wurden, werden im Folgenden in strukturiert zusammengefasster Form vorgestellt.

⁶⁴ Zu den Workshops meldeten sich insgesamt 120 Personen an: Für den Bereich Sport 21 Stellvertreter*innen aus Vereinen und Verbänden und 14 Koordinator*innen aus den Partnerschaften für Demokratie; für den Bereich Naturschutz 14 Stellvertreter*innen und 9 Koordinator*innen; für den Bereich Feuerwehr 14 Stellvertreter*innen und 13 Koordinator*innen; und für den offenen Termin meldeten sich 18 Stellvertreter*innen und 17 Koordinator*innen an.

Unterstützungsbedarfe in der allgemeinen Information und dem Informationsaustausch

- Ausliegendes Material, z.B. in der Form von Postern und Booklets, das über rechtsextreme Phänomene, Umgangsstrategien und Fortbildungsformate informiert, ist an vielen Stellen nicht vorhanden.
- Demokratiebildungsmaßnahmen werden in der Regel an Leiter*innen adressiert. Eine breite Ansprache von Mitgliedern bei derartigen Angeboten könnte jedoch helfen, nachhaltigere Schutz- und Resilienzeffekte in den Organisationen zu bewirken.
- Die Möglichkeiten, sich überregional mit anderen Organisationen über Erfahrungen zu rechten Aktivitäten auszutauschen, sind bislang nur unzureichend vorhanden.
- Es fehlt eine leicht zugängliche Übersicht über Veranstaltungen (z.B. in der Form eines digitalen Kalenders), die sowohl die Angebote unterschiedlicher Bundesprogramme als auch die lokaler Initiativen umfasst.

Unterstützungsbedarfe in der Planung und Umsetzung von Lösungsansätzen

- Anlaufstellen und Beratungsangebote für strukturelle Probleme und punktuelle Vorfälle sind in den zivilgesellschaftlichen Organisationen noch nicht präsent genug.
- Es fehlt an Angeboten, z.B. in Form von Hilfetelefonen oder digitalen Beratungsformaten, die niedrigschwellig in Anspruch genommen werden können.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen benötigen Unterstützung in der Entwicklung von Leitlinien im Umgang mit rechten Phänomenen und Akteur*innen.

Unterstützungsbedarfe in der Einrichtung institutionalisierter regelmäßiger Kooperationen

- Kooperationen mit lokalen Vereinen, die sich der interkulturellen Arbeit, dem Engagement gegen Rechtsextremismus und der Förderung von Vielfalt verschrieben haben sowie gemeinsame Projekte mit Migrantenselbstorganisationen und der Geflüchtetenhilfe können Vereine und Verbände sensibilisieren und gegen Einflussnahmen schützen.
- Die Einbindung von Vereinen und Verbänden in die Partnerschaften für Demokratie gelingt noch nicht überall. Dazu braucht es zum einen im Allgemeinen mehr Informationen über die Partnerschaften, sodass diese an mehr Bekanntheit in der Zivilgesellschaft gewinnen und somit auch bei Vereinen und Verbänden bekannter werden. Zum anderen wären in diesem Zusammenhang Vermittler*innen oder andere Formen der Vermittlung förderlich, die Koordinator*innen dabei unterstützen, schwer erreichbare Organisationen über eine passgenaue Ansprache in die Partnerschaften zu integrieren. Besonders in männerdominierten und konservativen Bereichen zivilgesellschaftlicher Organisation ist eine Zusammenarbeit mit Gleichstellungsbeauftragten anzustreben. Zudem können Frauen dabei unterstützt werden, vereinsübergreifende Netzwerke zu bilden, mit denen sie die Möglichkeit haben in adäquater Form ihre Interessen zu vertreten, sich auszutauschen und gemeinsame Lösungen zu entwickeln.

Unterstützungsbedarfe in der Einrichtung eigener Strukturen

- In bereits vorhandenen Ausbildungsstrukturen können demokratiebildende Maßnahmen integriert werden. Zur erfolgreichen Umsetzung muss die Initiative hierfür jedoch in vielen Fällen über die Dachorganisationen anhand der Integration in Lehrpläne geschehen.

- Zivilgesellschaftliche Organisationen, z.B. aus den Bereichen Feuerwehr und Naturschutz, benötigen Unterstützung in der Umsetzung von Diversität und Inklusion im Anwerbungsprozess neuer Mitglieder.
- Die Installation anonymer Meldesysteme könnte Personen das Ansprechen menschenfeindlichen und rechtsorientierten Verhaltens in Organisationen erleichtern.

Noch nicht in allen Bereichen und Ländern gibt es eine beauftragte Person in den Dachverbänden, an die sich bei Problemlagen gewandt werden kann.

3.4 Zwischenfazit

In der in diesem Kapitel vorliegenden Untersuchung wurden Phänomene rechter Einflussnahme in zivilgesellschaftlichen Organisationen erstens in der diskursiven Praxis rechtsorientierter Normalisierung und damit einhergehenden Einschränkungsmechanismen der Gegengrede vorgefunden, zweitens in unerwarteten rechten Aktivitäten innerhalb vielfaltsfördernder Kontexte und drittens in Versuchen strategischer Einflussnahme und Unterwanderung.

Besonders in prekären ländlichen Räumen, die zivilgesellschaftlich schwach ausgeprägt sind, besteht die Gefahr, dass sich in Organisationen eine diskursive Praxis rechtsorientierter Normalisierung einstellt, die ein Eingreifen erschwert. Geeignete Maßnahmen liegen hier aus der Sicht der Mitglieder von Vereinen in der Installation einer beauftragten Person in den Dachverbänden, der Einrichtung anonymer Meldestellen, der Einbindung der betroffenen Organisationen in die Partnerschaften für Demokratie über Schlüsselpersonen, der Sensibilisierung der Jugendorganisationen/-abteilungen und in der breiten Integration demokratiebildender Maßnahmen in vorhandene Ausbildungssysteme.

Handlungsunsicherheiten sind vor allem durch die Herausforderung der Einordnung von rechten Aktivitäten in zivilgesellschaftlichen Organisationen gegeben. Das trifft besonders dann zu, wenn die rechten Aktivitäten auf Mitglieder und Kooperationspartner*innen (innerhalb) einer vielfaltsfördernden Organisation zurückzuführen sind, welche in ihrer Zielverfolgung rechtsextremen Positionen eindeutig entgegensteht. Doch auch bei strategischen Einflussnahmen und Unterwanderungsversuchen durch Externe ist für die Betroffenen die Einstellung und Intention der Anfragenden nicht immer von vornherein erkennbar und führt vor allem dann, wenn diese nicht frühzeitig erkannt werden, zu Verunsicherungen im Umgang mit zum Beispiel angenommenen Spenden, zugesagten Kooperationen und stattgegebenen Mitgliedsanträgen.

Diesen Handlungsunsicherheiten kann über die Erarbeitung von organisationsinternen Leitlinien, der Verfügbarkeit von Handreichungen, dem Einbezug von Expert*innen wie Mobilen Beratungsteams und dem Angebot von informierenden Veranstaltungen entgegengetreten werden.

Um entsprechenden Entwicklungen nachhaltig entgegenzusteuern, ist darüber hinaus eine verbesserte Zusammenarbeit bereits vorhandener engagierter Akteur*innen aus sowohl lokalen als auch landes- und bundesweiten – auch programmübergreifenden – Kontexten anzustreben.

4 Demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle und zivilgesellschaftliche Reaktionen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie

Im nachfolgenden Kapitel werden die Ergebnisse des diesjährigen Monitorings der Partnerschaften für Demokratie zu demokratiefeindlichen Entwicklungen und Vorfällen sowie der zivilgesellschaftlichen Gegenreaktionen in den Förderregionen der Partnerschaften vorgestellt. Nach einem Überblick über das methodische Vorgehen (4.1) und die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie die gesamtgesellschaftliche Lage antidemokratischer Vorfälle (4.2) werden zunächst die Einschätzungen der Koordinator*innen zu Übergriffen und Formen der Bedrohungen gegenüber demokratisch engagierten Personen dargestellt (4.3). Daran schließt sich eine Übersicht über die aktuellen demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen, Vorkommnisse und vertretenen Positionen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie an (4.4). Nach einer kurzen Darstellung der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume (4.5), schließt das zweite Kapitel mit einem Einblick zu den Aktivitäten und Gegenreaktionen des demokratisch-weltoffenen Spektrums auf die vorbezeichneten Vorfälle (4.6).

4.1 Methodisches Vorgehen

In seiner Funktion u.a. als Wissenschaftliche Begleitung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fokussiert der ISS e.V. unter anderem die vertiefende Untersuchung etwaiger Bedrohungslagen in den Förderregionen lokaler Partnerschaften für Demokratie. Mit diesem Teillelement eines umfassenden Forschungsdesigns verbindet die Wissenschaftliche Begleitung im Kern drei übergeordnete Zielstellungen. So sollten die Situationen vor Ort mit Blick auf demokratiefeindliche Gruppierungen, Organisationen und Handlungen empirisch dargestellt, ihre Veränderung im Zeitverlauf nachgezeichnet und Bedingungen der Herausbildung kommunaler Widerstandsfähigkeit eruiert werden. Vor diesem Hintergrund hat das ISS-Frankfurt a.M. ein zweistufiges Untersuchungsdesign konzipiert, welches erstens die quantifizierende Abbildung und zweitens die vertiefende Untersuchung mittels eines qualitativen Samples umfasst.

Um die Situation vor Ort möglichst präzise und gegenstandsnah abbilden und Entwicklungen nachvollziehen zu können, hat der ISS e.V. im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung und in Zusammenarbeit mit Expert*innen des Themenfeldes bereits im Jahr 2020 ein standardisiertes Erhebungsinstrument entwickelt. Zur Sicherstellung der Gegenstands- wie auch Praxisnähe (Fort-)Entwicklung des Instruments wurden und werden überdies jährlich fünf explorative Interviews mit Praktiker*innen des Themenfeldes geführt und derart sichergestellt, dass auch neue, bzw. ggf. sich verändernde Rahmenbedingungen bzw. Bedrohungslagen frühzeitig und angemessen erfasst werden können.

Das standardisierte Instrument richtet sich an die Koordinator*innen sämtlicher Partnerschaften für Demokratie in ihrer Rolle als Expert*innen für die jeweiligen Förderregionen. Es wird den Koordinator*innen jährlich im Rahmen einer Online Erhebung (prozessbegleitendes Monitoring) zur Einschätzung vorgelegt.⁶⁵ Somit handelt es sich im vorliegenden Fall um eine als Vollerhebung konzipierte Längsschnittstudie. Die hier dargestellten Daten wurden im Jahr

⁶⁵ Bei den derart erhobenen Daten handelt es sich somit um Ausdrücke subjektiver Wahrnehmungen, die nicht im Sinne einer Kriminalitätsstatistik zu lesen sind.

2021 bei einer Grundgesamtheit von 300 Förderstandorten mit einer vollständigen Rücklaufquote erhoben.⁶⁶

Um die quantitativ gewonnenen Erkenntnisse zu den Vorkommnissen der Zurückdrängung des demokratischen Engagements bzw. zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume weiter zu vertiefen, wurden zudem zehn problemzentrierte Leitfadeninterviews mit Koordinator*innen ausgewählter Partnerschaften geführt. Im Vordergrund steht hier das bessere Verständnis für die Art dieser Vorkommnisse sowie die Auswirkung der Vorfälle auf Betroffene und die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie sowie die Ermittlung von etwaigen Unterstützungsbedarfen. Die Auswahl der Standorte erfolgt kriteriengeleitet auf Grundlage quantitativer Analysen zur Betroffenheit von Vorkommnissen. Die Interviews wurden mit Hilfe eines Leitfadens geführt, aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit dem Programm MAXQDA ausgewertet.

4.2 Überblick zur gesamtgesellschaftlichen Lage antidemokratischer Vorfälle

Der befragungsrelevante Zeitraum von Juni 2020 bis Mai 2021 fällt in eine Zeit, die von weitreichenden Unsicherheiten, Sorgen und Beschränkungen durch die politischen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie geprägt ist. Schon im Zuge des ersten Lockdowns 2020 hatte sich gezeigt, dass nach den Aussagen der Mitarbeiter*innen der Fach- und Koordinierungsstellen demokratie- und menschenfeindliche Anfeindungen und Aktivitäten in einer Vielzahl von Fördergebieten vorkommen und die gesellschaftlichen Konflikte um den gesellschaftspolitischen Umgang mit der Pandemie neue Anknüpfungspunkte für rechtsextreme wie (rechts)populistische Gruppierungen bieten.⁶⁷ Die durch die pandemiebedingten Einschränkungen zugleich erschwerte regionale Netzwerkarbeit hat dabei neben ihren Effekten auf das operative Geschäft der Partnerschaften zugleich dazu geführt, dass die Sicht auf die gesamte Bandbreite der Aktivitäten demokratie- und menschenfeindlicher Gruppen für die verantwortlichen Akteur*innen in den Partnerschaften beeinträchtigt war.⁶⁸

Nicht nur stellt sich damit auf der Ebene der demokratieskeptischen- bis feindlichen Akteur*innen eine neue Unübersichtlichkeit durch die neuartigen Koalitionen der Corona-Proteste und den oben vorgestellten Partizipationsansinnen ein, vielmehr resultiert diese Unübersichtlichkeit auch aus der pandemiebedingten Reorganisation des öffentlichen Raums, die das lokale

⁶⁶ Für die Durchführung der Online-Erhebung nutzte das ISS e.V. das Portal „Q-SET“. Die Korrespondenz mit den Koordinator*innen erfolgte auf der Grundlage von Kontaktdaten, die durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung gestellt wurden, durch das ISS e.V. geprüft und aktualisiert. Mit Beginn der Feldphase erhielt jede*r zur Befragung eingeladen Ansprechpartner*in den entsprechenden Fragebogen zusätzlich in digitaler Form. Die Befragung begann am 06.07.2021 und endete mit der Realisierung der Vollerhebung am 23.08.2021. Trotz des erprobten Verfahrens, mehrfacher Verlängerungen der Feldphase und ihrer frühzeitigen Ankündigung am 08.06.2021 war eine äußerst intensive Begleitung seitens des ISS e.V. nötig. Unter anderem wurde eine Hotline eingerichtet, personalisierte elektronische Erinnerungen versendet und über mehrere Wochen regelmäßig telefonisch nachgefasst. Im Anschluss an die Erhebung wurden schließlich umfassende Maßnahmen der Datenkontrolle bzw. -bereinigung durchgeführt, z. B. Konsistenz- und Plausibilitätsprüfungen, anhand derer (logische) Widersprüche und unstimmige Angaben identifiziert, geklärt und korrigiert werden konnten. Die erhobenen Strukturdaten wurden schließlich mit Hilfe der Programme SPSS sowie EXCEL uni- und bivariat ausgewertet sowie in Tabellen bzw. Schaubilder überführt. Vorrangig wurden Häufigkeitsberechnungen durchgeführt sowie mittels Kreuztabellen Zusammenhänge zwischen Variablen bzw. Verteilungsmuster aufgezeigt. In indizierten Fällen werden Mittelwerte (arithmetisches Mittel) errechnet und bei einer breiten Streuung der Datenwerte oder entsprechenden Skalenniveaus Median- bzw. Modalwerte angeführt.

⁶⁷ Vgl. ISS e.V. 2020a.

⁶⁸ Vgl. ISS e.V. 2020b, S. 36ff; 2021b, S. 60ff.

Situationswissen beschränkt und auch angepasste Reaktionsmechanismen erfordert. Diese Befunde verstetigen sich in diesem Jahr. Es sind damit vor allem die anhaltenden pandemiebedingten Einschränkungen, die die Situation vor Ort und die Arbeit der Partnerschaften weiterhin und maßgeblich beeinflussen, sodass die Pandemie in den folgenden Abschnitten als zentrales Querschnittsthema behandelt wird.

Führt die Corona-Pandemie folglich zu einer neuen Gefährdung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Ganzen, so fügen sich diese neuartigen Herausforderungen bekanntlich ein in gesamtgesellschaftliche Trends einer sozialen und politischen Polarisierung und einer zunehmenden Sichtbarkeit der Verankerung antidemokratischer Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft. Dabei ist zwar hervorzuheben, dass auf der einen Seite dezidiert rechtsextreme Einstellung in der Bevölkerung im Vergleich zu den letzten Jahren zwar weniger verbreitet sind,⁶⁹ jedoch hat nicht nur die (gewaltsame) Zuspitzung politischer Konflikte zugenommen,⁷⁰ sondern sich zugleich die Ablehnung gegenüber rechtsextremen Positionen in der Mitte der Gesellschaft verringert. So sehr also Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als zentrale Herausforderung demokratischer Gesellschaften in der breiten Bevölkerung erkannt werden, so deutlich muss jedoch zugleich die wachsende Offenheit für rechte bzw. (rechts)populistische Orientierungen in der Mitte der Gesellschaft benannt werden.⁷¹

Hervorzuheben sind vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der letztjährigen Befragung zu den kommunalen Rahmenbedingungen der Partnerschaften an dieser Stelle jedoch zugleich die regionalen Unterschiede in der Betroffenheit und Gefährdung durch solche antidemokratischen Einstellungsmuster und damit verbundenen Aktionen im öffentlichen Raum bzw. gegenüber dem demokratisch-weltoffenen Spektrum. Nicht nur variieren lokale politische Kulturen, Einstellungsmuster und auch die Betroffenheit von antidemokratischen Bestrebungen und manifesten Vorfällen, auch differieren die zivilgesellschaftlichen Ressourcen, um mit diesen Kontextbedingungen und Ereignissen umzugehen.⁷²

Damit verbindet sich letztlich die demokratiepolitische Aufgabe, die gesellschaftliche Mitte sowohl in ihrer „Demokratiefestigkeit“ (Zick/Küpper/Berghan) zu stärken als auch vor dem drohenden Abkippen in antidemokratische Einstellungsmuster präventiv zu bewahren. Im Angesicht der regionalen Unterschiede wird jedoch zugleich die Bedeutung kontext- und lokalspezifischer Vorhaben der Demokratieförderung offenbar, die jeweils auf unterschiedliche Weise die Demokratie in Werten, Kompetenzen und lokalen Strukturen verankert und sich zugleich mit unterschiedlichen Formen antidemokratischer Gefährdungen auseinandersetzen muss. In diesem Kontext kommt den Partnerschaften für Demokratie als kontextsensiblen Netzwerken kommunaler Demokratieförderung eine entscheidende Bedeutung zu.⁷³

Nun hängt jedoch der Erfolg im Umgang mit den bezeichneten Gefährdungen zwar zum einen maßgeblich davon ab, wie stark und engagiert die demokratische Zivilgesellschaft vor Ort ist und wie es dieser gelingt, demokratischen Gegenkräfte zu mobilisieren. Zum anderen sind es

⁶⁹ Vgl. Zick/Küpper/Rump 2021.

⁷⁰ Vgl. Bundeskriminalamt 2021.

⁷¹ Vgl. Zick/Küpper 2021; Decker/Brähler 2020.

⁷² Vgl. ISS e.V. 2020a.

⁷³ Vgl. ISS e.V. 2021a.

jedoch vor allem die tatsächlichen Vorfälle und Übergriffe auf Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und/oder die lokale Bevölkerung sowie weitere Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume durch antidemokratische Gruppierungen, die demokratische Zivilgesellschaften auf lokaler Ebene massiv beeinträchtigen und auch nachhaltig schädigen können.

Vor diesem Hintergrund geben die folgenden Abschnitte einen Überblick, wie die Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie die aktuelle Lage bezüglich dieser antidemokratischen Vorkommnisse, Gruppen und Positionen in den Förderregionen und wie sie zugleich die zivilgesellschaftlichen Reaktionsmöglichkeiten und -ressourcen auf diese Gefährdungen einschätzen.

4.3 Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen

Die Einschätzung der Koordinator*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Vorkommnissen in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie im Zeitraum vom 01. Juni 2020 bis zum 31. Mai 2021 verweisen darauf, dass das Niveau der Wahrnehmung solchermaßen ausgerichteter Feindseligkeiten trotz eingeschränkter direkter Kontakte in der Pandemie weiterhin konstant hoch bleibt.⁷⁴ So berichten 81 % (244) der Befragten von Situationen der Anfeindung und Bedrohung vor Ort, wohingegen nur 1 % (4) der Koordinator*innen keinerlei Vorkommnisse aus den Förderregionen ihrer Partnerschaften zurückmelden.⁷⁵ Im Zuge dessen zeigt sich eine Entwicklung, die weiterhin zu beobachten sein wird: Während im Vorjahr zwei Förderregionen (1 %)⁷⁶ angaben, dass sechs verschiedene Gruppen von Akteur*innen⁷⁷ in ihrem Fördergebiet Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden, geben in diesem Jahr bereits die Koordinator*innen aus 15 Förderregionen (6 %) diesen Umstand an.⁷⁸ Es ist somit in diesen Regionen von einer Ausweitung und wahrnehmbaren Verschärfung des Klimas von Bedrohung auszugehen, dass zunehmend weitere Teile der Bevölkerung und auch der demokratischen Zivilgesellschaft betroffen wird.

Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber demokratisch engagierte Akteur*innen bleiben nach Angaben der Koordinator*innen in den Förderregionen anhaltend hoch, Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen sind hingegen häufiger von Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen betroffen

Demokratisch engagierte zivilgesellschaftliche Akteur*innen werden von den Koordinator*innen nach wie vor am häufigsten als Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen

⁷⁴ Die in diesem Bericht präsentierten Daten sind nicht im Duktus einer Kriminalitätsstatistik zu lesen. Sie geben keine „objektiven“ Daten wider, sondern spiegeln die Einschätzungen der Koordinator*innen der Koordinierungs- und Fachstellen als Expert*innen für ihr jeweiliges Fördergebiet zurück. Sie dokumentieren ferner nicht die Einschätzung des aktuellen Standes der Vorkommnisse des laufenden Jahres 2021, sondern wurden überjährig für den Zeitraum vom 01. Juni 2020 bis 31. Mai 2021 erhoben, um die Vergleichbarkeit mit den Erhebungen der Vorjahre zu gewährleisten.

⁷⁵ Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

⁷⁶ Vgl. ISS e.V. 2020a, S. 54, Tabelle 2.

⁷⁷ Bei den genannten sechs Gruppen von Akteur*innen handelt es sich um politische Spitzen (wie Bürgermeister*innen oder Landrät*innen), Mitglieder der Verwaltung oder Gemeindevertreter*innen, engagierte Personen der demokratischen Zivilgesellschaft, Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, Vertreter*innen der Presse und Medien, die aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft, sowie um Menschen, die wegen ihrer angenommenen Gruppenzugehörigkeit Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen geworden sind.

⁷⁸ Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

benannt (60 %, 180). In den Interviews berichten die Koordinator*innen von Übergriffen auf erweiterte Zielgruppen der Partnerschaften für Demokratie wie Teilnehmer*innen bei Veranstaltungen

*„Teilnehmer*innen [wurden aufs Übelste] beschimpft und bei dem Abbau der Veranstaltung [...] sind alle Kräfte, die dort geholfen haben, mit Eisbällen [beworfen worden, Anm. der Verf.] und die Polizei stand genau daneben und hat nichts gemacht.“ (BL21-14_9)*

ebenso wie von gezielten Angriffen gegenüber aktiv für die Partnerschaften tätige Personen.

„Aber wir haben hin und wieder dennoch einzelne Bedrohungslagen zu konstatieren, erst jüngst ein Projekt, was wir auch gefördert haben, wo eben organisierte Neonazis dort [...] aufgetaucht sind und durch ihre pure Anwesenheit provoziert haben und versucht haben, einzuschüchtern.“ (BL21-6_9)

Weiterhin anhaltend häufig von solchen Vorfällen betroffen sind nach Angaben der Befragten auch Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Politiker*innen (42 %, 126) sowie Bürgermeister*innen oder Landrät*innen (33 %, 100).⁷⁹ Erweitert werden diese Befunde von einer von der Zeitschrift KOMMUNAL beauftragten Befragung von 1611 Bürgermeister*innen im April 2021. Diese kommt zum Ergebnis, dass sogar 71% der Bürgermeister*innen im Rahmen ihrer Tätigkeit bereits selbst beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen wurden.⁸⁰ Wie auch die Zahlen des BKA zur politisch motivierten Kriminalität bestätigen, haben diese Formen von Übergriffen auf politischer Akteur*innen und demokratisch-administrative Institutionen besonders in den Jahren der Corona-Pandemie nochmals einen empfindlichen Zuwachs erfahren.⁸¹

Die seit dem Jahr 2016 dokumentierte hohe Betroffenheit von Anfeindungen⁸² führt inzwischen zur Einschätzung, dass solche Phänomene eine Alltagspraxis darstellen, auf die sich Engagierte eingestellt haben bzw. einstellen müssen.

„Ich weiß, dass auf jeden Fall die aktiven Begleitausschussmitglieder ständig beleidigt werden und solche E-Mails bekommen. [...] Also wir waren mit der ersten Drohmail einfach geschockt. Weil bis zu dem Zeitpunkt hatten wir nie mit so was zu tun. [...] Ich habe den Eindruck, es ist keine Empörung mehr da. Sondern jeder weiß, wer sich in der Szene einsetzt oder für dieses Thema, muss damit rechnen, dass sowas passiert.“ (BL21-8_27)

Darüber hinaus wird auf etwas geringerem, aber konstantem Niveau von Tatbeständen berichtet, die sich gegen Vertreter*innen der Medien (26 %, 78) sowie Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen (17 %, 50) richten.⁸³ Letztere werden eigenen Angaben zufolge analog zum Vorjahr mehrheitlich im digitalen Raum angefeindet (70 %, 35),⁸⁴ jedoch zeigt sich eine Tendenz hin zu schwerwiegenderen Straftaten: Meldeten die Koordinator*innen im Jahr

⁷⁹ Vgl. Tabelle 6 im Anhang.

⁸⁰ Vgl. Erhardt 2021. Vgl. hierzu auch HateAid 2021.

⁸¹ Vgl. Bundeskriminalamt 2021.

⁸² Vgl. ISS e.V./Camino 2016, S. 71 ff.

⁸³ Vgl. Tabelle 6 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 55, Tabelle 3.

⁸⁴ Vgl. Tabelle 8 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 57, Tabelle 6.

2020 noch größtenteils Straftaten gegen die Ehre, wie beispielsweise Beleidigungen oder Verleumdungen (65 %, 24)⁸⁵ zurück, ist dieser Anteil im Jahr 2021 rückläufig (54 %, 27). Es werden hingegen in diesem Jahr häufiger Bedrohungen oder Einschüchterungsversuche (48 %, 24) während des befragungsrelevanten Zeitraums benannt und in einigen wenigen Einzelfällen fanden auch Körperverletzungen (2 %, 1) und Sachbeschädigung von Privateigentum (6 %, 3)⁸⁶ statt.

„Ich [wurde] von einem Menschen, der allerdings im Ausländerbeirat tätig ist, auch angegriffen, bedroht. [...] Wo kein Zeuge dabei war, hat der mich bedroht, dass mir etwas antun würde.“ (BL21-7_11)

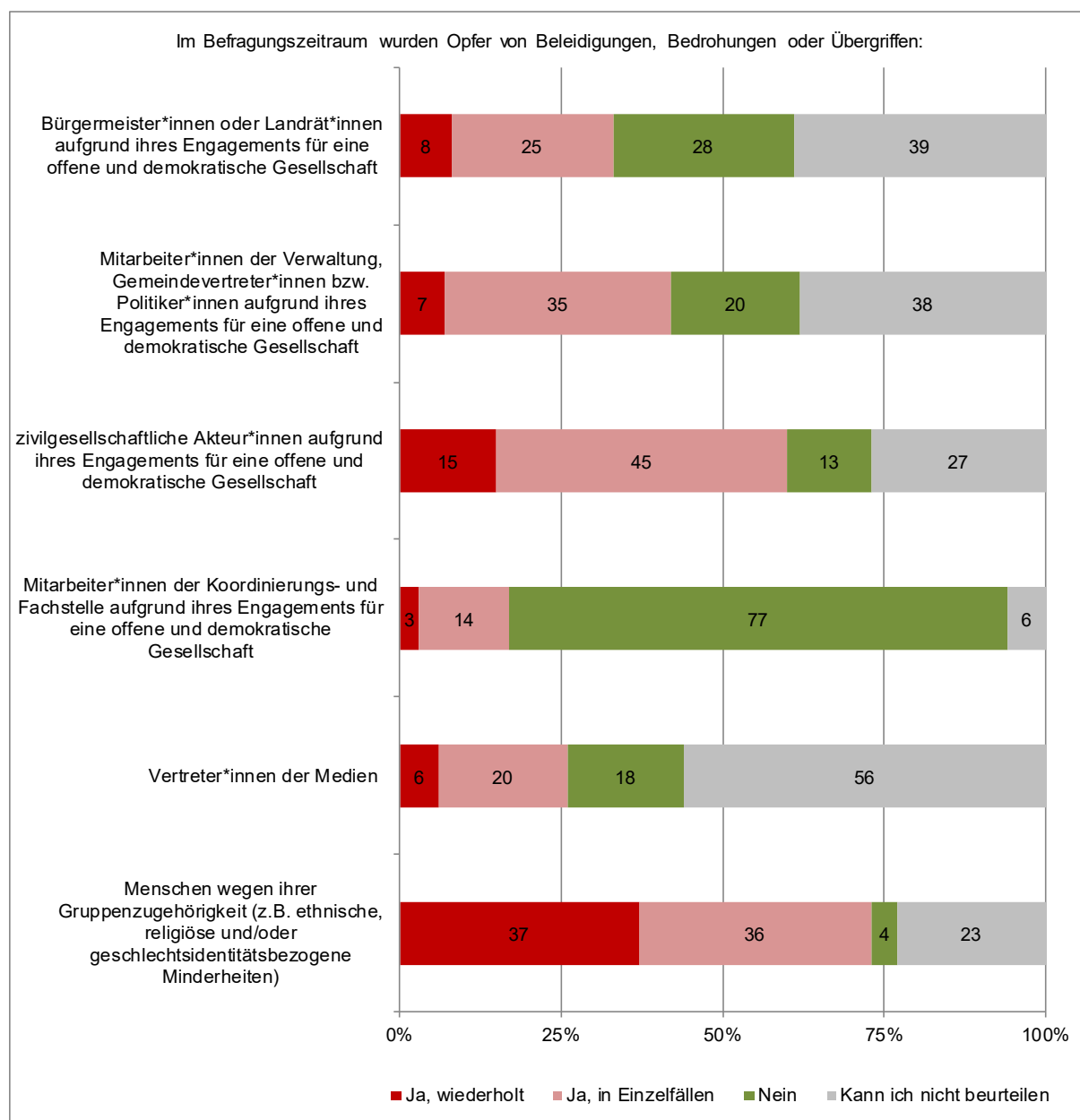
In den Interviews melden Koordinator*innen inzwischen auch zurück, dass nicht nur sie selbst in ihrer Funktion als Koordinator*innen betroffen sind, sondern auch Mitarbeiter*innen von durch die Partnerschaften geförderten Trägern und Projekten.

„Und da kann ich zumindest für dieses Förderjahr sagen, dass wir zwei Fälle hatten, wo dann auch Akteure betroffen waren, die in Einzelmaßnahmen der Partnerschaft eine Rolle spielten. Einmal bezog es sich unmittelbar sogar auf ein PFD-Projekt, einmal nur auf den Akteur.“ (BL21-6_21)

⁸⁵ Vgl. ISS e.V. 2020a, S. 57, Tabelle 7.

⁸⁶ Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

Abbildung 4: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.05.2021⁸⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Hasskriminalität gegenüber Menschen aufgrund einer zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit ist laut Koordinator*innen unverändert stark verbreitet

Neben den bisher beschriebenen Vorkommnissen, welche auf eine Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume durch Einschüchterung und auf das *Silencing*⁸⁸, also Verstummen des Engagements, abzielen, wurden auch Bedrohungen, Beleidigungen oder Übergriffe abgefragt, die sich gegen Personen aufgrund ihrer zugeschriebenen ethnischer,

⁸⁷ Vgl. Tabelle 6 im Anhang.

⁸⁸ Vgl. HateAid 2021, S. 7.

religiöser oder geschlechtsidentitätsbezogener Gruppenzugehörigkeit richten. Vorfälle dieser sogenannten „Hasskriminalität“ werden durch die Koordinator*innen für den Zeitraum vom 01. Juni 2020 bis zum 31. Mai 2021 auf nahezu gleichbleibendem Niveau zum Vorjahr übermittelt (73 %, 220).⁸⁹ Gerade Menschen mit Migrationshintergrund sind nicht nur in ihrem Alltagsleben von Übergriffen betroffen

„Ja, also es [Rassismus, Anm. d. Verf.] ist vor allen Dingen nicht zurückgegangen, sondern eher gestiegen, trotzdem das öffentliche Leben runtergefahren wurde. Das ist schon interessant. Wir haben selber dazu eine Studie in Auftrag gegeben, es gab auch viel mehr Diskriminierung in der asiatischen Community [...] Und gerade die Gewalttaten steigen. Das ist also schon auch so eine Enthemmung, die ist schon sichtbar. Und das sind halt immer nicht viele Leute also in der Regel, aber es hat halt auch einen großen Effekt, wenn das immer brutaler und direkter wird. Das kann man auch schon sehen bei uns.“ (BL21-2_81)

zurückgemeldet wird aus einzelnen lokalen Kontexten auch ein konsensual getragenes Klima der umfassenden Ausgrenzung von Geflüchteten, die sich in einem Ausschluss aus elementaren Versorgungssystemen manifestiert.

„Ja, die gesellschaftlichen Ausgrenzungsmechanismen sind stark. [...] Es gibt so gut wie keinen niedergelassenen Arzt hier, Allgemeinmediziner, der Flüchtlinge hier in XXX [Name des Fördergebiets, Anm. d. Verf.] direkt behandelt. [...] Und es gibt Kindergärten, die keine Kinder aufnehmen mit Migrationshintergrund und so weiter, die dann die Hände heben und sagen: Nein, das laden wir uns nicht auf.“ (S21-15_95)

Dass trotz der Einschränkungen des öffentlichen Lebens und somit auch der direkten konflikt-behafteten Berührungspunkte gesellschaftlicher Gruppen sowie der eher vergleichsweise geringen Präsenz migrationsrelevanter Themen in den bundesweiten öffentlichen Debatten des vergangenen Jahres die Rückmeldungen zu Anfeindungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund anhaltend hoch bleiben, ist ein Verweis auf den Fortbestand von Legitimitätsnarrativen offener Fremdenfeindlichkeit zur Artikulation von Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Situation bzw. der eigenen Teilhabeansprüche.⁹⁰ In den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie sind diese Diskurse hingegen nicht verstummt, 65% (196) der Koordinator*innen geben an, dass rassistische, 54% (164) dass islam-/muslimfeindliche und 51% (152) dass antisemitische Positionen offensiv öffentlich vertreten werden und dass rassistische Denk- und Argumentationsmuster in nahezu unverändert vielen Förderregionen im Alltag zum Ausdruck (62 %, 187) gebracht werden.⁹¹ Der Anteil der Koordinator*innen, der polarisierend geführte Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung (44 %, 132) zurückmeldet, sinkt hingegen im Vergleich zum Vorjahr.⁹²

⁸⁹ Vgl. Tabelle 6 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 55, Tabelle 3.

⁹⁰ Dabei lassen sich diese Formen von abwertenden Legitimationsnarrativen auch auf weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausweiten. Vgl. dazu übergreifend: Zick 2016; zu aktuellen Zahlen gerade zur Verbreitung solcher Muster in der gesellschaftlichen Mitte: Zick/Küpper 2021, S. 181-212. Weitergehend zum Zusammenhang von sozialer Desintegration und autoritären Einstellungen vgl. Heitmeyer 2018.

⁹¹ Vgl. Tabelle 10 im Anhang und Tabelle 15 im Anhang.

⁹² Vgl. Tabelle 15 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 72, Tabelle 27.

4.4 Demokratie- und menschenfeindliche Organisationen bzw. Gruppierungen und Aktivitäten vor Ort

Die Einschätzungen der Koordinator*innen für den Zeitraum von Juni 2020 bis Mai 2021 zeugen weiterhin von einer starken Belastung der Förderregionen durch Aktivitäten von demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innengruppen. In einem Großteil der Regionen nehmen Koordinator*innen Aktivitäten sowohl von rechtsextremen Gruppierungen (69 %, 208) als auch mit populistischen Positionen sympathisierenden Personen (83 %, 250) wahr. Deutlich seltener wird wie in den Jahren zuvor von „linksextremen“ (12 %, 37) und islamistisch (14 %, 42) motivierten Aktionen berichtet.⁹³

Für die diversen Aktionsformen der demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen im Allgemeinen wird ein konstantes Bild zurückgemeldet. Am häufigsten werden hierbei weiterhin raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (bspw. durch Graffitis, Schmierereien) (77 %, 230) und Hate Speech im Netz (72 %, 215) genannt. So berichten Koordinator*innen zum Beispiel von öffentlich sichtbar verbreitetem Hass, der sich diffus gegen alle von der vermeintlichen Normalität abweichenden Gruppierungen richtet.

„Irgendwie werden hier Räume enger, wie auch immer. Und ich glaube, dass auch die Themen dadurch [...] auch noch mal schärfer [...] hervortreten werden. [...] Dann habe ich jetzt gesehen, haben irgendwelche auf den einen Weg, den ich immer entlangfahre, ein Hitlerkreuz und "Fuck Antifa" und "Fuck Schwule" geschrieben. Auf einer anderen Wand steht irgendwie "kein Impfzwang". [...] Da wird ja der öffentliche Raum genutzt, um Message loszuwerden.“ (S21-13_35)

Im Kontext der anhaltenden Corona-Pandemie werden verstärkt Aktivitäten neuer Allianzen von antidemokratischen Gruppen, Proteste und die Verbreitung von Verschwörungsideologien zurückgemeldet

Merklich öfter im Vergleich zum Vorjahr werden wiederholte Demonstrationen und Protestkundgebungen (38 %, 115) und zunehmend verbreitete Spannungen sowie Konflikte zurückgemeldet.⁹⁴ Ebenso werden aus mehr Fördergebieten öffentliche und polarisierende Auseinandersetzungen über Einschränkungen der Bürgerrechte berichtet (69 %, 206) oder es werden häufiger gewalttätige Konfrontationen im Kontext der Corona-Krise wahrgenommen (11 %, 33).⁹⁵

Während des angegebenen Berichtszeitraumes zeigt sich zudem eine Verstetigung der schon 2020 beschriebenen, anfänglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Alltagsrealität der Partnerschaften für Demokratie. So berichten 73 % (220) der Koordinator*innen der 300 Förderregionen von aktiven neuen Kooperationen zwischen vormals getrennt auftretenden Gruppen des rechtsaffinen, -populistischen und –extremen Spektrums, welche damit die am zweithäufigsten genannte Gruppe unter den demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen darstellt.⁹⁶ Dieser Anteil lag 2020 für den Zeitraum von Juli 2019 bis Mai 2020 noch bei

⁹³ Vgl. Tabelle 9 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 62, Tabelle 12.

⁹⁴ Vgl. Tabelle 11 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 64, Tabelle 14.

⁹⁵ Vgl. Tabelle 15 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 72, Tabelle 27.

⁹⁶ Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

58 % (173).⁹⁷ Darüber hinaus werden in mehr Förderregionen Aktionen im Kontext der Corona-Krise mit aktiver Beteiligung von rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteur*innen wahrgenommen (77 %, 232),⁹⁸ ebenso wie eine häufigere offensive Vertretung von Verschwörungsideologien im öffentlichen Diskurs (85 %, 253).⁹⁹ Diese Veränderungen im Zuge der Corona-Pandemie kommen auch in qualitativen Interviews immer wieder zur Sprache:

„Was wir natürlich festgestellt haben ist, dass in den Social Media, die Hass-Postings mit offenen oder latenten Pandemiebezug noch mal zugenommen haben. Und in unserer gesamten Region zum Beispiel das Demonstrationsgeschehen im letzten Jahr explodiert ist. Also da hatten wir fünf- oder sechsmal so viele Demonstrationen wie in den Jahren zuvor. Auch das spielte eine Rolle oder hatte einen Bezug zur Pandemie.“ (BL21-6_29)

In einem Drittel der Partnerschaften wird das Vorhandensein potentiell radikalisierungsfähiger Protestbewegungen (33 %, 99) zurückgemeldet.¹⁰⁰ Diesen Corona-Protesten werden in bundesweiten Studien ein beträchtliches Mobilisierungs- und Radikalisierungspotenzial zugeschrieben. So sympathisierten insbesondere Menschen, die sich von den etablierten Parteien nicht repräsentiert sehen, mit der Protestbewegung und würden somit anfällig für Verschwörungsideologien, was eine Gefahr der zunehmenden Radikalisierung berge.¹⁰¹ Folglich stellen diese Entwicklungen im Zuge der Corona-Pandemie sowohl aktuell als auch zukünftig neue inhaltliche aber auch zielgruppenspezifische Herausforderungen für die Partnerschaften für Demokratie dar. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf die Bearbeitung und Aufklärung bezüglich des Verschwörungsdiskursen innewohnenden Antisemitismus, der als ein zentrales Thema identifiziert wird:

„Also was halt überall dazugekommen ist oder beziehungsweise das wurde auch vorher schon von uns bearbeitet, aber das ist relevanter geworden, ist tatsächlich das Thema Verschwörungserzählungen auch im Zusammenhang mit Antisemitismus. Aber das ist nicht komplett neu, sondern relevanter geworden.“ (BL21-9_33)

Zudem wird im Zuge der sich formierenden Protestbewegungen gegen die Corona-Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen nicht nur die diffuse Mobilisierungskraft, sondern insbesondere auch das „neue“ sich in Verhältnis setzen von gesellschaftlichen Gruppen zur Demokratie mit Sorge zur Sprache gebracht.

„Ich meine, das ist ja auch tatsächlich etwas, was wir in der Form oder zumindest auch in der Menge nicht beobachtet haben, dass Menschen, die man jetzt vielleicht sogar eher dem linken, linksalternativen Spektrum zuordnen würde, auf einmal auf Veranstaltungen gehen, wo sie zusammen mit wirklich auch Neonazis für eine Sache eintreten. Und gleichzeitig ist aber doch sehr deutlich, dass es da auch starke antidemokratische Tendenzen gibt.“ (BL21-9_25)

⁹⁷ Vgl. ISS e.V. 2020a, S. 62, Tabelle 12.

⁹⁸ Vgl. Tabelle 11 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 64, Tabelle 14.

⁹⁹ Vgl. Tabelle 10 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 63, Tabelle 13. Wie im Bericht 2020 (ISS e.V. 2020a) erwähnt, suchen Menschen in der pandemiebedingten unsicheren Zeit Halt und Sinnstiftung in Verschwörungserzählungen, die sich seit dem Frühjahr 2020 stärker verbreiten und mit demokratieskeptischen Einstellungen verschränken (vgl. Zick/Küpper/Berg-han 2019; Amadeu Antonio Stiftung 2020; Lamberty/Rees 2021).

¹⁰⁰ Vgl. Tabelle 17 im Anhang.

¹⁰¹ Vgl. Grande et al. 2021.

Dass diese Entwicklung eine erhöhte Aufmerksamkeit verdient, beleuchtet auch eine aktuelle Studie von Heumann und Nachtwey, die nachzeichnet unter welchen Bedingungen und unter Rekurs auf welche Vorstellungen von gesellschaftlicher Teilhabe und normative Orientierung selbst linke und progressive Personengruppen autoritäre, also demokratiefeindliche, Haltungen entwickeln und aktiv vertreten.¹⁰²

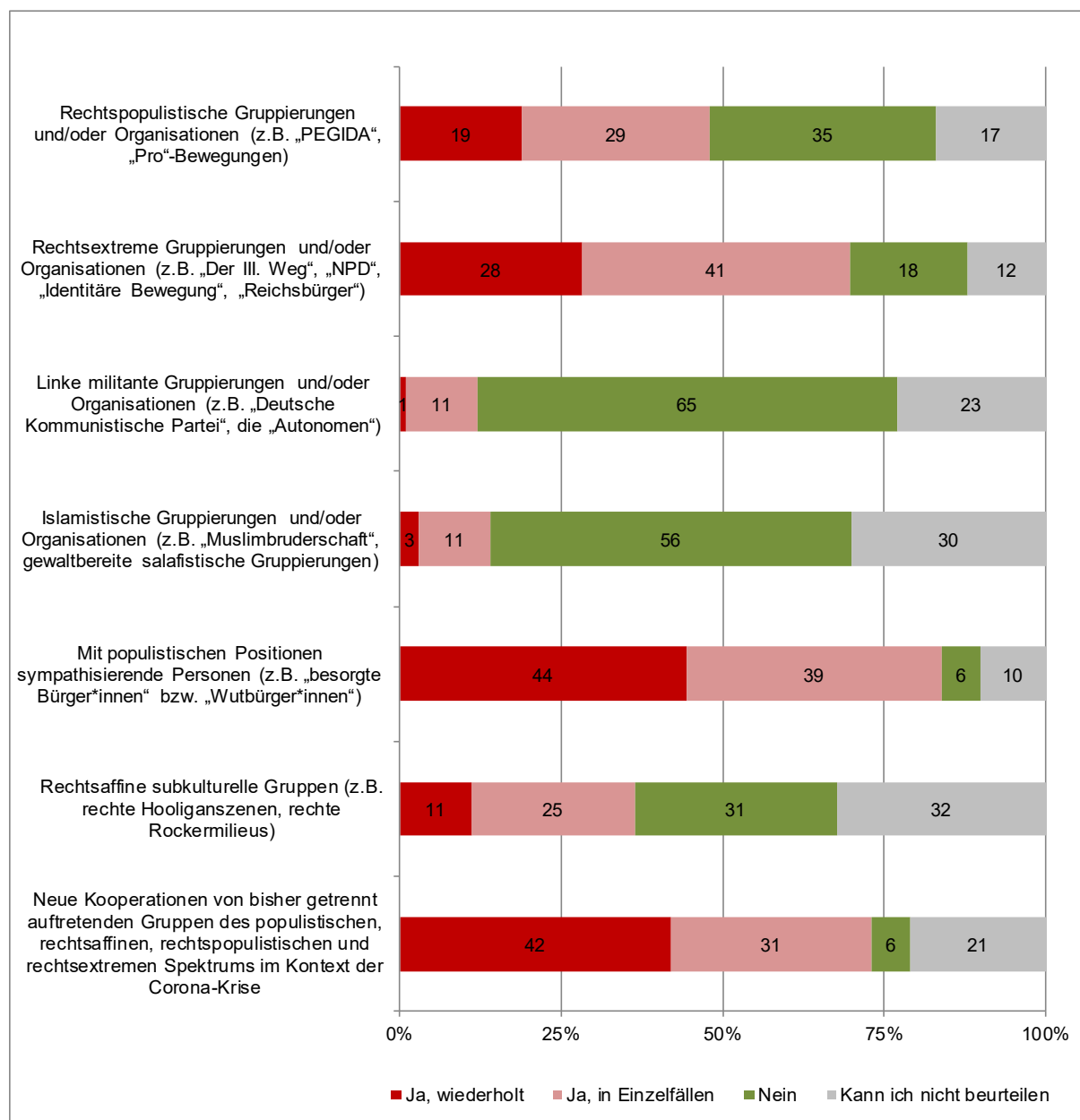
In den Interviews zeigt sich neben Berichten über eine diffuse Ausweitung der Personengruppen, die ihre gesellschaftliche Unzufriedenheit auch in antidemokratischer Weise auf die Straße und in die Sozialen Medien tragen, auch eine komplett gegenläufige Entwicklung. In einzelnen Fördergebieten etablieren sich sowohl rechtspopulistische Parteien und/oder Organisationen in der Weise, dass sie zentralen Einfluss auf das lokale Klima und Geschehen nehmen.¹⁰³ Das ist dann der Fall, wenn Immobilien in strukturarmen Regionen erworben werden und z.B. attraktive Treffs für junge Menschen entstehen oder auch dann, wenn über wirtschaftliche Aktivitäten oder die Einbindung in politische und administrative Systeme Macht zur Einflussnahme durch rechte Akteur*innen generiert wird. D.h., dass in diesen berichteten Fällen der Organisationsgrad einschlägiger Gruppen und zugleich die Handlungskennntnis hinsichtlich der Einschränkung lokaler Initiativen folgenreich zunimmt.

*„Ein Jugendclub [...], völlig unbedeutend, die haben eine Regenbogenfahne an ihr Schülerfreizeitzentrum aufgehängt. Und da hat die Partei XXX hinten rum eingefädelt, dass die sogenannte Landesflaggenverordnung angeblich greift. [...] Und da mussten die die Fahne abnehmen. Und das macht natürlich was mit handelnden Akteur*innen vor Ort. Das macht was auch mit LSBTTIQ-Menschen, die diesen Ort als Schutzraum, als Ort von Identitätsbildung auch verstehen sollen. Das macht was mit den Sozialarbeitenden vor Ort, es schürt Ängste, es schürt so: Oh mein Gott, wir werden beobachtet.“ (BL21-11_21)*

¹⁰² Vgl. Heumann/Nachtwey 2021.

¹⁰³ Vgl. ISS e.V./Das Progressive Zentrum 2020.

Abbildung 5: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven menschen- und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.05.2021¹⁰⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

4.5 (Re-)Aktionen des demokratisch-weltoffenen Spektrums

Wie im Bericht letzten Jahres aufgezeigt, kommt den zivilgesellschaftlichen Ressourcen eines demokratisch-weltoffenen Spektrums eine zentrale Rolle zu bei der allgemeinen Ausgestaltung des kommunalen Klimas der Bedrohung.¹⁰⁵ Die Stärke des zivilgesellschaftlichen Engagements beeinflusst maßgeblich, ob demokratie- und menschenfeindliche Positionen auf die

¹⁰⁴ Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

¹⁰⁵ Vgl. ISS e.V. 2020a.

Agenda gesetzt werden können und ob es ausschließlich zu reaktiven Maßnahmen oder vielmehr zur aktiven Einnahme von Gegenpositionen und zur Entwicklung eines Klimas der kritischen Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen kommt.

Demokratische Akteur*innen sind auch während der Pandemie aktiv, das Ausmaß der Aktivitäten und die Bandbreite des Engagements können von den Koordinator*innen jedoch zunehmend schwerer wahrgenommen werden

Nach wie vor nennen Koordinator*innen mehrheitlich eine aktive Präsenz von demokratischen und weltoffenen Akteur*innen in ihrer Förderregion, allen voran von regelmäßig engagierten Bürgerbündnissen (58%, 173), Migrant*innencommunities/-netzwerke (46%, 137) und für Vielfalt und Demokratie einstehende Parteivertreter*innen (44%, 132).¹⁰⁶ Demokratisch Engagierte bleiben prinzipiell aktiv, die Mehrheit der Koordinator*innen gibt ähnlich zum Vorjahr an, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen sich nicht einschüchtern lassen und an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt festhalten (89 %, 267), Opfergruppen bei Bedarf professionelle Unterstützung erhalten (71 %, 212) und auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle öffentlich reagiert wird (70 %, 209).¹⁰⁷ Im Antwortverhalten der Koordinator*innen zeigt sich jedoch auch, dass sie einerseits seltener als in den Vorjahren wiederholte Aktivitäten engagierter Gruppen zurückmelden als auch häufiger nicht aussagen können, ob spezielle Akteur*innen im Feld aktiv waren.¹⁰⁸

Das Problem, was alle hatten, keine Präsenz mehr, Face to Face fiel weg. Auch Projekte natürlich, die man dann so nicht machen konnte. [...] Also das hat es schon erschwert die Rahmenbedingungen auch der Partnerschaft. (BL21-6_39)

Auch hatten und haben viele zivilgesellschaftliche Organisationen sich dem Problem zu stellen, dass ehrenamtlich engagierte Akteur*innen sich im Zuge der pandemiebedingten Beschränkungen zurückgezogen haben und die erneute Aktivierung nicht immer gelingt:

„Der Rückzug auf das Private, das ist auch sehr, sehr stark zu sehen. Änderungen in der Arbeitswelt, in der persönlichen Arbeitswelt, haben Menschen von jeglicher ehrenamtlichen Tätigkeit sich zurückziehen lassen. Der Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements lebt hier sehr stark durch Personen, die meistens in Multifunktionen engagiert sind. [...] Den Sachverhalt haben wir im Netzwerk [...] besprochen und so kam eben heraus, dass jede zivilgesellschaftliche Organisation [...] das gleiche Problem hat: Dass [...] verschiedene Personen, mitunter sogar Personengruppen oder ganze Kreise, weggebrochen und erst mal nicht wieder zu aktivieren sind.“ (BL21-13_21)

Mit professionellen Beratungsangeboten, die nach antidemokratischen und menschenfeindlichen Vorkommnissen als Expert*innen zurate gezogen werden, wird auf gleichbleibendem Niveau zusammengearbeitet. Hierbei geben die Koordinator*innen weiterhin an, häufiger mit der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (50 %, 149) zu kooperieren als mit Beratungsangeboten für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (26 %, 78).¹⁰⁹

¹⁰⁶ Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

¹⁰⁷ Vgl. Tabelle 16 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 73, Tabelle 28.

¹⁰⁸ Vgl. Tabelle 13 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 66, Tabelle 16.

¹⁰⁹ Vgl. Tabelle 12 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 67, Tabelle 17.

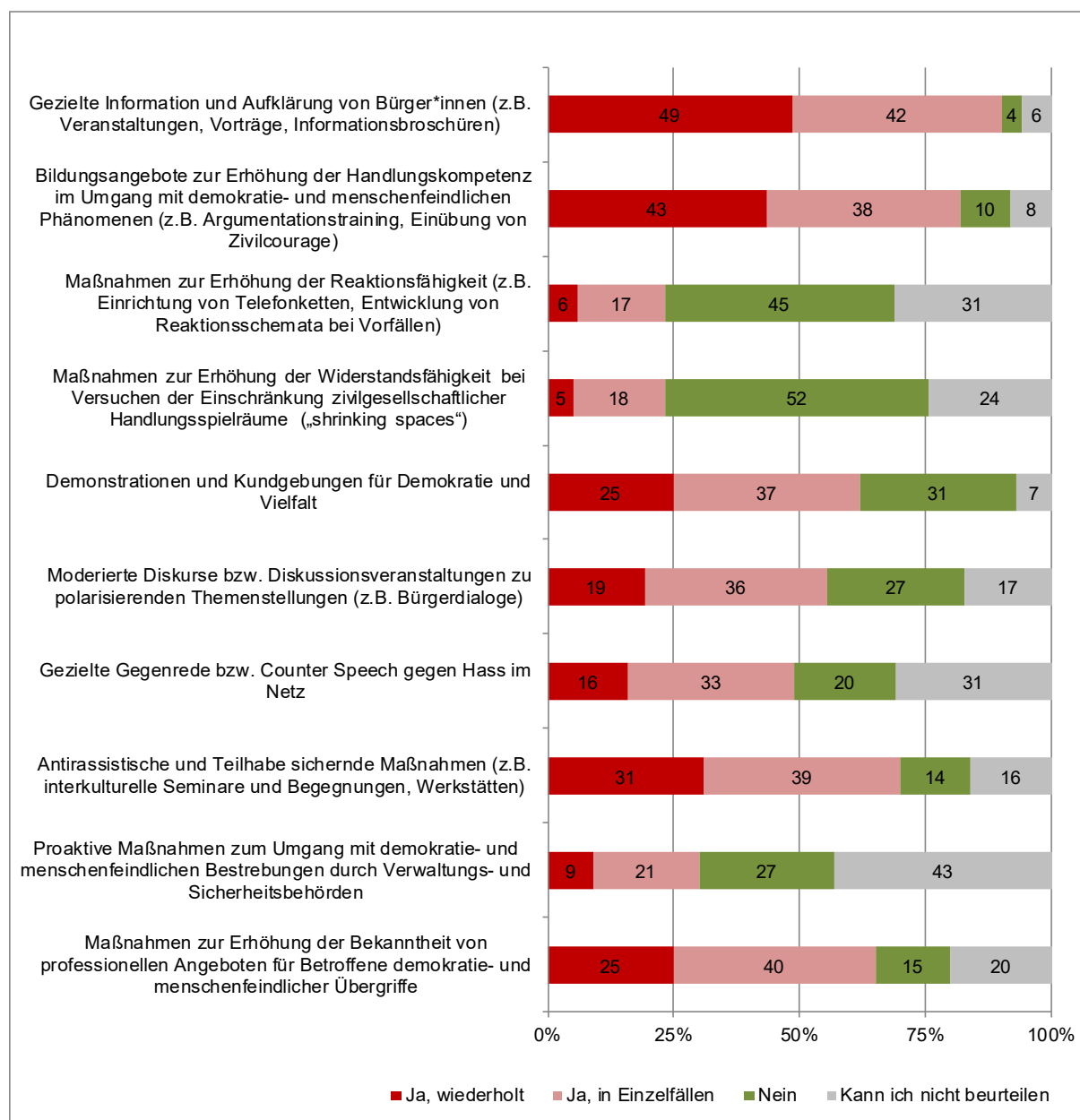
Dies ist sicherlich auch auf den Umstand zurückzuführen, dass das Angebot nicht flächendeckend existiert.

Sensibilisierungsformate, die Befähigung zum Umgang mit antidemokratischen Phänomenen und teilhabesichernde Angebote bleiben das Grundgerüst der zivilgesellschaftlichen Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft

Demokratisch engagierte Akteur*innen verfügen über eine Vielzahl von Maßnahmen und Formaten, um den antidemokratischen Herausforderungen zu begegnen. Ähnlich wie in den Vorjahren setzen sie laut Koordinator*innen dabei insbesondere auf eine langfristige Sensibilisierung gesellschaftlicher Gruppen und ihre Befähigung zur Abwehr antidemokratischer Bestrebungen. So erfolgen vorrangig Maßnahmen zur Information und Aufklärung von Bürger*innen (91 %, 272), werden Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (81 %, 245) angeboten sowie antirassistische und Teilhabe sichernde Angebote (70 %, 212) umgesetzt. Aber auch reaktive Maßnahmen gehören nach Angaben der Koordinator*innen weiterhin zum Repertoire des demokratisch-weltoffenen Spektrums, wenngleich hier aufgrund der Pandemie-Beschränkungen im Zeitraum von Juni 2020 bis Mai 2021 auch ein Rückgang zu erkennen ist. So werden Präsenzveranstaltungen, wie etwa Demonstrationen und Kundgebungen oder moderierte Diskussionsveranstaltungen nur noch von 62 % (188) bzw. 55 % (167) der Koordinator*innen zurückgemeldet – dies entspricht einem Rückgang von 12 bzw. 15 Prozentpunkten. Der erfolgte Rückzug in den digitalen Raum hatte allerdings auch nicht zur Folge, dass Aktivitäten der gezielten Gegenrede bzw. des Counter Speech gegen Hass im Netz angestiegen ist.¹¹⁰

¹¹⁰ Vgl. Tabelle 14 im Anhang und ISS e.V. 2020a, S. 65, Tabelle 15.

Abbildung 6: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.05.2021¹¹¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

4.6 Zwischenfazit

Zusammenfassend zeigt sich in den vorliegenden Rückmeldungen der Koordinator*innen, dass Anfeindungen, Sichtbarkeit und Aktivität antidemokratischer Akteur*innen sowie eine öffentlich antidemokratische Diskurspräsenz auf einem gleichbleibenden Niveau wahrgenommen werden und aus der Sicht der Koordinator*innen potentiell radikalisierungsfähige Aktionen und Kooperationen antidemokratischer Akteur*innen zunehmen. Dies lässt den Schluss

¹¹¹ Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

zu, dass die pandemiebedingten Beschränkungen des öffentlichen Lebens zu keiner wahrgenommenen Entschärfung der Bedrohungslagen vor Ort geführt haben und die problematischen Reaktionen von bislang nicht auffälligen Bürger*innen zudem einen Blick auf mögliche demokratierelevanten Verwerfungen in der Zukunft bieten.

Die pandemiebedingten Beschränkungen des öffentlichen Lebens führen zu keiner wahrgenommenen Entschärfung der Bedrohungslagen, erschweren aber die netzwerk-basierte Arbeit der Partnerschaften für Demokratie

Auch, wenn die demokratischen Akteur*innen in den Förderregionen weiterhin mehrheitlich aktiv vertreten sind, so zeichnet sich dennoch ab, dass das zivilgesellschaftliche Potential aktuell eingeschränkt ist. Die Mehrheit der Koordinator*innen, deren Arbeit durch pandemisch bedingte gesellschaftliche Einschränkungen behindert wird, berichtet von einer erschwerten Aufrechterhaltung des ehrenamtlichen demokratischen Engagements (84 %, 209).¹¹² Mittlerweile geben auch 82 % (248) der Koordinator*innen an, dass die Einschränkungen sich hinderlich auf die Arbeit der Partnerschaften auswirken.¹¹³ Von diesen 248 Befragten wiederum empfinden mehr als die Hälfte den Überblick über die lokalen Problemlagen als eingeschränkt (60 %, 148).¹¹⁴

„Wir sind ja dann alle nach dem Februar direkt im März dann in den Lockdown, was die Verwaltung unheimlich gehemmt hat. Also es hat einfach dazu beigetragen, dass das Thema überhaupt nicht gesamtgesellschaftlich aufgearbeitet wurde und aufgefangen wurde.“ (BL21-8_55)

Insofern stehen die Mitarbeiter*innen vor einer herausfordernden Situation und bedürfen sie selbst einer Unterstützung, um auf die Vielzahl der Anforderungen vor Ort angemessen reagieren zu können. Akteur*innen der Zivilgesellschaft melden ihrerseits aus anderen Kontexten zurück, dass die Partnerschaften für Demokratie ein wichtiger Motor und eine zentrale Ressource für die Aufrechterhaltung zivilgesellschaftlichen Engagements in den Fördergebieten waren.

¹¹² Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

¹¹³ Vgl. Tabelle 18 im Anhang.

¹¹⁴ Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

5 Fazit

Zusammenfassend zeigt sich in den drei problemzentrierten Teilen des vorliegenden Berichts, dass besonders in Zeiten anhaltender Krisen ein demokratisches und weltoffenes Engagement und die Strukturen, die ein solches befördern, notwendig sind, um Bestrebungen antidemokratischer Akteur*innen und Tendenzen der Radikalisierung, die auf den krisenbedingten Sorgen und Ängsten der Zivilgesellschaft fußen, entgegenzuwirken. Konkreter lassen sich mit einem Blick, der die zentralen Erkenntnisse der jeweiligen Teile zusammenfassend betrachtet (Zwischenfazit-Kapitel 2.6, 3.4 und 4.6), vor allem zwei Punkte hervorheben: zum einen die Handlungspotentiale der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention im Bereich der Vereine und Verbände, zum anderen die Relevanz von demokratiefördernder Netzwerkarbeit in Krisenzeiten.

Die Grenzen des Sagbaren sind durchlässiger geworden: Die Implementierung konsistenter Gegenstrategien zu antidemokratischen Vorfällen wie rassistischen Aussagen und eine vielfaltsorientierte Öffnung von Vereinen und Verbänden können helfen, aktuellen Normalisierungspraktiken antidemokratischen Sprechens entgegenzuwirken

In den ersten beiden Abschnitten dieses Berichts, die die rechte Einflussnahme auf zivilgesellschaftliche Organisationen, genauer die rechte Einflussnahme auf Verbände und Vereine in den Fokus nehmen, wird besonders deutlich, dass eine große Herausforderung für diese Organisationen das Aufkommen und der Umgang mit antidemokratischen sowie rassistischen oder anderweitig diskriminierenden Äußerungen ist. Auf der Landesebene der Verbände lässt sich in diesem Zusammenhang feststellen, dass die Wahrscheinlichkeit, mit rechten Aktivitäten in Kontakt zu kommen, signifikant mit der Stärke von parlamentarisch verankerten, rechtspopulistischen Parteien steigt. Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien sowie die von den Koordinator*innen der Partnerschaften 2020 und 2021 angegebene öffentliche antidemokratische Diskurspräsenz führen zu einer Aufweichung der Grenzen des Sagbaren. Besonders in ländlich geprägten prekären Räumen, in denen rechtspopulistische Parteien Wahlerfolge verzeichnen, und dort verstärkt in männlich dominierten Kontexten wie der Feuerwehr und dem Schützenwesen, zeigt sich eine Normalisierung rassistischer Aussagen, der nur auf die Gefahr hin, sich unbeliebt zu machen und ausgegrenzt zu werden, von Vereinsmitgliedern widersprochen werden kann.

Derweil gibt es in Vereinen und Verbänden in der Regel keine konsistenten Gegenstrategien zu vielfalt- und demokratiefeindlichen Vorfällen wie beispielsweise rassistischen Aussagen. Solche Strategien zu entwickeln und nachhaltig zu integrieren, ist besonders vor dem Hintergrund aktueller sowie künftiger gesellschaftlicher Krisen und dem gleichzeitigen Erstarken populistischer und extremistischer Kräfte erforderlich. Dies gilt sowohl in Bezug auf reaktive Maßnahmen über die Einrichtung von Meldestellen oder ähnlicher Dokumentations- oder Beratungsangebote als auch für die Implementierung präventiver Maßnahmen wie einer verstärkten Demokratiearbeit in den Jugendbereichen der Vereine und Verbände. Ebenso ist davon auszugehen, dass eine vielfaltsorientierte Öffnung von Vereinen und Verbänden dazu beitragen kann, Vorurteile abzubauen und zugleich die Sensibilität für entsprechende Tendenzen und konkrete Vorfälle zu erhöhen.

Die Pandemie hemmt demokratisches Engagement und fördert antidemokratische Tendenzen: Die Relevanz netzwerkorientierter Demokratieförderung ist hoch

Die Pandemie und die damit verbundenen Schutzmaßnahmen haben als Thema antidemokratischer Bewegungen und Ideologien Radikalisierungspotentiale erhöht. Neue Kooperationen bisher getrennt auftretender Gruppen des populistischen, rechtsaffinen, rechtspopulistischen und rechtextremen Spektrums haben sich gebildet. Dies geschieht vor allem in Form von Protesten, die besonders Personen anziehen, die sich von den etablierten Parteien nicht repräsentiert sehen. Die Verbreitung von Verschwörungsnarrativen und das Potential der Radikalisierung durch diese neuen Koalitionen werden von den Koordinator*innen der Partnerschaften als hoch eingeschätzt. Die Adressierung dieser heterogen zusammengesetzten und digital gut vernetzten Bewegung ist eine besondere Herausforderung für demokratisch engagierte Akteur*innen. Zugleich wird aus der Mehrheit der Partnerschaften zurückgemeldet, dass die pandemiebedingten Einschränkungen sich hinderlich auf die Arbeit der Partnerschaften auswirken und es sich schwieriger gestaltet, das ehrenamtliche demokratische Engagement aufrechtzuerhalten. Durch eine Reduktion des Austauschs fehlen demokratisch engagierten Akteur*innen darüber hinaus Informationen sowohl zu demokratiefördernden als auch zu antidemokratischen Aktivitäten und Entwicklungen.

Doch gerade in Krisenzeiten sind ein solches Wissen und ein starkes und vielfältig strukturiertes Netzwerk demokratisch engagierter Personen wichtig, um auf antidemokratische und menschenfeindliche Kräfte angemessen reagieren zu können. Wichtig ist es, Formate zu finden, die niedrigschwellig und ansprechend trotz Einschränkungen einen Austausch von demokratisch engagierten Akteur*innen innerhalb der Förderregionen fördern. Im Zuge der Analyse der Vereine und Verbände hat sich gezeigt, dass in diesen Bereichen noch einige Potentiale in der Zusammenarbeit mit Partnerschaften für Demokratie auszuschöpfen sind. Die Koordinierungs- und Fachstellen können nicht in allen Vereinsbereichen proaktiv präsent sein. Helfen würde es, wenn die Fördermöglichkeiten über die Partnerschaften für Demokratie an Bekanntheit gewinnen würden. Darüber hinaus könnte eine passgenaue Ansprache für bestimmte Vereinsbereiche wie zum Beispiel die Feuerwehr oder den Naturschutz über eigens dafür eingerichtete Stellen in Form von Vermittler*innen helfen, diese Bereiche nachhaltig in die Netzwerke der Partnerschaften einzubinden.

6 Anhang

6.1 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Einschätzung der Koordinator*innen zu rechten Aktivitäten in zivilgesellschaftlichen Organisationen, die an der Partnerschaft für Demokratie beteiligt sind	58
Tabelle 2: Organisationsbereiche, die seit der zweiten Förderperiode von rechten Aktivitäten betroffen sind	58
Tabelle 3: Reaktionen der Organisationen auf rechte Aktivitäten auf einer Skala von 1 bis 7 mit gegensätzlichen Polen	58
Tabelle 4: Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Gruppe von Akteur*innen in der Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	59
Tabelle 5: Wahrgenommene Anzahl von Gruppen von Akteur*innen in der Förderregion, die von Anfeindung und Bedrohung betroffen waren im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	59
Tabelle 6: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	60
Tabelle 7: Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Mitarbeiter*innen von Koordinierungs- und Fachstellen im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	61
Tabelle 8: Kontexte, in denen Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021 ausgeübt wurden	61
Tabelle 9: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven menschen- und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	62
Tabelle 10: Einschätzung der Koordinator*innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	63
Tabelle 11: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	64
Tabelle 12: Zusammenarbeit mit professionalisierten Beratungsangeboten für den Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	64
Tabelle 13: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	65

Tabelle 14: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	66
Tabelle 15: Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	67
Tabelle 16: Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021	68
Tabelle 17: Einschätzung der Koordinator*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Konfliktkonstellationen, die in offener Gegnerschaft ausgetragen werden	69
Tabelle 18: Einschätzung: „Die gesellschaftlichen Einschränkungen infolge der Corona Pandemie wirken sich hinderlich auf die Arbeit der Partnerschaft aus.“	69
Tabelle 19: Einschränkungen in Folge der Corona-Pandemie	69

6.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Häufigkeit rechter Aktivitäten nach Bereichen differenziert	9
Abbildung 2: Clusterbildung der Reaktionsprofile (Landesverbände)	11
Abbildung 3: Unterstützungsbedarfe	15
Abbildung 4: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.05.2021	39
Abbildung 5: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven menschen- und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.05.2021	44
Abbildung 6: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.05.2021	47

6.3 Literatur

- Aktionsbündnis Brandenburg (o.J.): Handreichungen für den Umgang mit rechtsextremen und rechts-populistischen Angriffen auf die Zivilgesellschaft. Neutralitätsgebot: Wer muss neutral sein? https://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/wp-content/uploads/2021/06/Handreichung_Neutral.pdf (Letzter Zugriff: 21.12.2021).
- Amadeu Antonio Stiftung (2020): Wissen, was wirklich gespielt wird... Krise, Corona und Verschwörungserzählungen. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/05/wissen_was_wirklich_2.Auflage.pdf (Letzter Zugriff: 15.12.2021).
- Amadeu Antonio Stiftung (2021): Demokratie verteidigen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/demokratie-verteidigen/> (Letzter Zugriff: 21.12.2021).
- Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.) (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Frankfurt a. M.
- Bednarz, Liane (2018): Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern. München.
- Braun, Sebastian (2018): Organisierter Sport in Bewegung. Neokorporatistische Strukturen, gesellschaftliche Funktionen und bürgerschaftliche Selbstorganisation in pluralisierten Sportlandschaften. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (1-2), S. 234-240.
- Bücker, Gerd (2018): Sport mit Courage – Extremismusprävention und Demokratiebildung im und durch Sport. In: *Polis* 1, S. 20-21.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2021): Verfassungsschutzbericht 2020. https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/2021/verfassungsschutzbericht-2020.pdf;jsessionid=6D2741B15F437AA5E87C70CBA33A152F.internet571?__blob=publicationFile&v=6 (Letzter Zugriff: 24.11.2021).
- Bundeskriminalamt (2021): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020. Bundesweite Fallzahlen. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/2020PMKFallzahlen.pdf;jsessionid=F0B7716420E4467E435E3F8A0EB702A2.live602?__blob=publicationFile&v=3 (Letzter Zugriff: 15.12.2021).
- Claus, Robert/Zajonc, Olaf (2019): Zum Stand der Präventionsansätze beim Extremkampfsport. Mixed Martial Arts im Spannungsfeld von verbandlicher und sportlicher Entwicklung, wirtschaftlichem Wachstum, erhoffter gesellschaftlicher Anerkennung und extrem rechter Gewalt, Explorativstudie. <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/15678.pdf> (Letzter Zugriff: 22.11.2021).
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität, Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen.
- Delto, Hannes/Zick, Andreas (2021): Vereinssport in rechtsextremer und menschenfeindlicher Gesellschaft. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn, S. 130–140.
- Diakonie Deutschland (2018): Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Handreichung für die Diakonie. Berlin.

- Dieckerhoff, Katy (2015): Vorstudie – Rechtsextremismus in Kindertageseinrichtungen. Koblenz.
- Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (2006): RechtsRock, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 19 (3), S. 96-97.
- Elverich, Gabi/Glaser, Michaela/Schlimbach, Tabea (Hrsg.) (2009): *Rechtsextreme Musik. Ihre Funktion für jugendliche Hörer/innen und Antworten der pädagogischen Praxis, Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Halle.
- Erben, Sylvia Maria/Bieling, Hans-Jürgen (2020): *Gewerkschaften und Rechtspopulismus: Erfahrungen und Lernprozesse aus Österreich, Schweden und den Niederlanden im Vergleich*, Study der Hans-Böckler-Stiftung, No. 440, Düsseldorf.
- Erhardt, Christian (2021): *Attacken auf Kommunalpolitiker in der Corona-Pandemie weiter gestiegen*. <https://kommunal.de/attacken-kommunalpolitiker-corona> (Letzter Zugriff: 20.12.2021).
- Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (2018): *Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung*. https://www.nf-farn.de/system/files/documents/handreichung1_farn_fuer_web.pdf (Letzter Zugriff: 7.12.2021).
- Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars (2019): *Rechtsradikalismus in Niedersachsen*. Bielefeld.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): *Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?* Bielefeld.
- Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem (2021): *Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland, Diskussionspapier*. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf> (Letzter Zugriff: 24.11.2021).
- Habermas, Jürgen (1971): *Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz*. In: Luhmann, Niklas (Hrsg.): *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Was leistet die Systemforschung?* Frankfurt a. M., S. 101–141.
- Hafez, Farid (2017): *ethnos vs. Demos: Der exkludierende ‚Volks‘-Begriff und dessen Anschlussstellen für antimuslimische Positionen im zeitgenössischen Rechtspopulismus*, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30 (2), S. 100-108.
- HateAid (Hrsg.) (2021): *HASS IM NETZ IST NICHT TEIL DES JOBS. Für Kommunalpolitiker:innen und alle, die sich vor Ort engagieren, von Feuerwehr bis Flüchtlingshilfe*, https://hateaid.org/wp-content/uploads/2021/09/HA_Leitfaden-DigitaleGewalt_DIGITAL.pdf (Letzter Zugriff: 20.12.2021).
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1*. Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): *Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung 2*. Berlin.
- Heumann, Maurits/Nachtwey, Oliver (2021): *Autoritarismus und Zivilgesellschaft. Eine empirische Studie zum neuen Autoritarismus*. IfS Working Paper #16. Dezember 2021, http://www.ifs.uni-frankfurt.de/wp-content/uploads/Heumann-Nachtwey_final.pdf (Letzter Zugriff: 20.12.2021).

- Hilmer, Richard/ Hohlrausch, Bettina/ Müller-Hilmer, Rita/ Gagné, Jérémie (2017): Einstellungen und Lebenslage – eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierungen unter besonderer Berücksichtigung von Gewerkschaftsmitgliedern. Ergebnisse einer Online-Befragung, Düsseldorf.
- InSchwung – für Demokratie und Beteiligung (2020): Spenden von rechtsextremen Organisationen und Personen. http://beteiligung-paritaet.de/wp-content/uploads/2021/01/Downloaddatei_Einzelseiten.pdf (Letzter Zugriff: 11.12.2021).
- ISS e.V. (2021a): Schwerpunktbericht. Strategien der kommunalen Demokratieförderung (Arbeitstitel).
- ISS e.V. (2021b): Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2021–31.12.2021 der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune/Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“.
- ISS e.V. (2020a): Lokales Klima der Bedrohung. Betroffenheit von und Umgang mit antidemokratischen Bestrebungen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie. Bestrebungen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie. Berichtszeitraum 01.01.2020 – 31.12.2020.
- ISS e.V. (2020b): (Neu)Start in Zeiten der Corona-Pandemie. Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2020 - 31.12.2020 der wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“.
- ISS e.V. (2019): Umgang mit dem Phänomen der Shrinking Spaces in den Partnerschaften für Demokratie. Handreichung.
- ISS e.V./Camino (2016): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016–31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.
- ISS e.V./Das Progressive Zentrum (2020): Expertise: Partizipationsansinnen vielfaltablehnender Akteur*innen an den Partnerschaften für Demokratie (unveröffentlicht).
- Juleica (o.J.): Die Juleica (Jugendleiter/incard). Qualifikation, Legitimation, Anerkennung. https://www.juleica.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/juleica_infos.pdf (Letzter Zugriff: 12.12.2021).
- Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage Weinheim.
- Kurtenbach, Sebastian (2018): Ausgrenzung Geflüchteter. Eine Empirische Untersuchung Am Beispiel Bautzen. Wiesbaden.
- Lamberty, Pia/Rees, Jonas H. (2021): Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, S. 283–299.
- Langebach, Martin/ Raabe, Jan (2016): Zwischen Freizeit, Politik und Partei: RechtsRock, in: Braun, Stephan/ Geisler, Alexander/ Gerster, Martin (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 377-423.

- Lesch, Walter (2017): Perspektiven der Auseinandersetzung mit dem Populismus in Religion, Politik und Gesellschaft. In: Lesch, Walter (Hrsg.): Christentum und Populismus. Klare Fronten? Freiburg am Breisgau, S. 200-208.
- Makovec, Max (2020): An den Grenzen der Demokratie. Wiesbaden.
- Manow, Philip (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Berlin.
- MIDEM (2021): Corona und Rechtspopulismus. Jahresstudie, Mercator Forum Migration und Demokratie. https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Jahresstudie2021_Corona_und_Rechtspopulismus.pdf (Letzter Zugriff: 21.12.2021).
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (2017): Wachsam sein! Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen. https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/mbr_broschuere_wachsamsein_Web_klein.pdf (Letzter Zugriff: 3.12.2021).
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin / Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (2019): Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts, 2. Aufl.. Berlin.
- Mouffe, Chantal (2014): Agonistik. Die Welt politisch denken. Berlin.
- Mouffe, Chantal (2018): Das demokratische Paradox. Wien/Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2026): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin.
- Nord, Ilona/ Schlag, Thomas (Hrsg.) (2021): Die Kirche und der Populismus. Interdisziplinäre Recherchen in Gesellschaft, Religion, Medien und Politik. Leipzig.
- Orth, Stefan/Resing, Volker (Hrsg.) (2017): AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion? Freiburg im Breisgau.
- Palloks, Kerstin/Steil, Armin (2008): Von Blockaden und Bündnissen. Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen. Weinheim, München.
- Pichl, Maximilian (2020): Kriminalisierung der Zivilgesellschaft. Wie die Flüchtlingshilfe europaweit unter Druck gesetzt wird. In: Austermann, Nele/Fischer-Lescano, Andreas/Kaleck, Wolfgang/Kleffner, Heike/Lang, Kati/Pichl, Maximilian/Steinke, Ronen/Vetter, Tore (Hrsg.): Recht gegen rechts. Report 2020. Frankfurt a. M., S. 41–47.
- RAA (2008): Im Verein – gegen Vereinnahmung. Eine Handreichung zum Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern. <https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/imverein.pdf> (Letzter Zugriff: 11.12.2021).
- Rebenstorf, Hilke (2018): 'Rechte' Christen? – Empirische Analysen zur Affinität christlich-religiöser und rechtspopulistischer Positionen, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 2 (2), S. 313-333.
- Reusswig, Fritz (2019): Heimat und politische Parteien, in: Hülz, Martina/ Kühne, Olaf/ Weber, Florian (Hrsg.): Heimat. Ein vielfältiges Konstrukt, Wiesbaden, S. 371-389.
- Sämann, Jana (2021): Neutralitätspostulate als Delegitimationsstrategie. Eine Analyse von Einflussnahmeversuchen auf die außerschulische politische Jugendbildungsarbeit. Frankfurt a. M.

- Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften: Eine arbeitsweltliche Spurensuche. Hamburg.
- Schäfer, Armin/Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Berlin.
- Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Elsen, Jennifer ten/Heller, Lukas (2020a): Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster. Frankfurt a. M.
- Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Elsen, Jennifer ten/Heller, Lukas (2020b): Rechtspopulismus und organisierte Zivilgesellschaft. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 33 (4), S. 729–739.
- Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Elsen, Jennifer ten/Heller, Lukas (2021): Rechtspopulismus und organisierte Zivilgesellschaft, in: Grande, Brigitte/ Grande, Edgar/ Hahn, Udo (Hrsg.): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke, Bielefeld, S. 155-164.
- Schwenzer, Victoria/Büttner, Frauke (2014): Was Vereine gegen Rechtsextremismus tun können. Handlungsempfehlungen für die Praxis. In: forum krimianlprävention (1), S. 16–23.
- Sehmer, Julian/Simon, Stephanie/Ten Elsen, Jennifer/Thiele, Felix (Hrsg.) (2021): recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen, Wiesbaden: Springer VS.
- Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (2019): Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen, Arbeitshilfen Nr. 305, Bonn.
- Simon, Titus (2020): Rechtsextreme und rechtspopulistische Vormachtstellungen in prekären ländlichen Räumen. In: Berg, Lynn/Üblacker, Jan (Hrsg.): Rechtes Denken, rechte Räume? Bielefeld, S. 155–176.
- Strube, Sonja A.; Perintfalvi; Hemet, Raphaela; Metze Miriam; Sahbaz, Cicek (Hrsg.) (2021): Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung - Vernetzung - Transformation, Bielefeld.
- Weller, Christoph (2021): Ist eine Welt ohne Krieg realistisch? In: audimax campus 33 (3 - WS 2021), S. 28.
- Weßels, Bernhard (1991): Erosion des Wachstumsparadigmas: Neue Konfliktstrukturen im politischen System der Bundesrepublik? Wiesbaden.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Rump, Maike (2021): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, 75-111.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Zerreißproben und Normalitätsverluste der Gesellschaft – eine Hinführung zur Mitte-Studie. In: Dies. (Hrsg.): Verlorene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn, S. 15–39.

6.4 Tabellen

Tabelle 1: Einschätzung der Koordinator*innen zu rechten Aktivitäten in zivilgesellschaftlichen Organisationen, die an der Partnerschaft für Demokratie beteiligt sind

	Absolut	In Prozent
Seit Beginn der zweiten Förderperiode kam es zu rechten Aktivitäten in zivilgesellschaftlichen Organisationen	31	10 %
Seit Beginn der zweiten Förderperiode kam es nicht zu rechten Aktivitäten in zivilgesellschaftlichen Organisationen	202	67 %
Kann ich nicht beurteilen	67	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 2: Organisationsbereiche, die seit der zweiten Förderperiode von rechten Aktivitäten betroffen sind

	Absolut	In Prozent
Sport	13	42 %
Freie Wohlfahrtspflege/Projektträger	12	39 %
Freiwillige Feuerwehr	9	29 %
Kirchen	9	29 %
Kultur	9	29 %
Sonstiges	8	26 %
Heimatvereine	5	16 %
Naturschutz	4	13 %
Gewerkschaften	2	6 %
Schützenwesen	1	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021, die von rechten Aktivitäten innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen berichten (n = 31). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 3: Reaktionen der Organisationen auf rechte Aktivitäten auf einer Skala von 1 bis 7 mit gegensätzlichen Polen

		1	2	3	4	5	6	7	
reaktiv	Absolut	6	8	8	5	3	0	1	präventiv
	In Prozent	19 %	26 %	26 %	16 %	10 %	0 %	3 %	
anlassbezogen (situativ)	Absolut	7	6	5	7	4	2	0	grundsätzlich generell
	In Prozent	23 %	19 %	16 %	23 %	13 %	6 %	0 %	
spontan (ad-hoc)	Absolut	4	10	4	6	2	5	0	geplant/strategisch
	In Prozent	13 %	32 %	13 %	19 %	6 %	16 %	0 %	
organisationsintern	Absolut	7	8	2	9	1	3	1	öffentlichkeitswirksam
	In Prozent	23 %	26 %	6 %	29 %	3 %	10 %	3 %	

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021, die von rechten Aktivitäten innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen berichten (n = 31).

Tabelle 4: Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Gruppe von Akteur*innen in der Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

	Absolut	In Prozent
Ja	244	81 %
Nein	4	1 %
Kann ich nicht beurteilen	52	17 %
Gesamt	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300). Unter den „Ja“-Angaben finden sich diejenigen Befragten, die für mindestens eine Gruppe von Akteur*innen eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmeldeten. Die „Nein“-Angaben umfassen die Befragten, die für alle Akteursgruppen explizit angeben, dass es keine Situation der Anfeindung und Bedrohung gab. Die „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben enthalten somit jene Befragten, die mindestens für eine Akteursgruppe „Kann ich nicht beurteilen“ angegeben haben, aber für keine andere Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung benannten.

Tabelle 5: Wahrgenommene Anzahl von Gruppen von Akteur*innen in der Förderregion, die von Anfeindung und Bedrohung betroffen waren im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

Anzahl betroffener Gruppen von Akteur*innen	Absolut	In Prozente
1	46	19 %
2	57	23 %
3	40	16 %
4	46	19 %
5	40	16 %
6	15	6 %
Gesamt	244	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 244), die für mindestens eine Gruppe von Akteur*innen eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmeldeten.

Tabelle 6: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

Im Befragungszeitraum wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen:	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Bürgermeister*innen oder Landrät*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft	24	8 %	76	25 %	84	28 %	116	39 %
Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Gemeindevertreter*innen bzw. Politiker*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft	21	7 %	105	35 %	60	20 %	114	38 %
zivilgesellschaftliche Akteur*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft	45	15 %	135	45 %	39	13 %	81	27 %
Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstelle aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft	8	3 %	42	14 %	232	77 %	18	6 %
Vertreter*innen der Medien	19	6 %	59	20 %	54	18 %	168	56 %
Menschen wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten)	111	37 %	109	36 %	11	4 %	69	23 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 7: Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Mitarbeiter*innen von Koordinierungs- und Fachstellen im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Straftaten gegen die Ehre (Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung)	27	54 %	18	36 %	5	10 %
Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung (z.B. Drohanrufe, E-Mails oder im persönlichen Kontakt)	24	48 %	23	46 %	3	6 %
Körperverletzung	1	2 %	48	96 %	1	2 %
Sachbeschädigung von Privateigentum	3	6 %	46	92 %	1	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021, in deren Partnerschaft Mitarbeiter*innen von Koordinierungs- und Fachstellen Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden (n = 50).

Tabelle 8: Kontexte, in denen Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021 ausgeübt wurden

	Absolut	In Prozent
Bei öffentlichen Veranstaltungen	20	40 %
Bei dienstlichen Tätigkeiten/in den Diensträumen	11	22 %
Im digitalen Raum/Internet (Kommentare oder Nachrichten in sozialen Medien, Kommentare in online Medien)	35	70 %
Bei privaten Tätigkeiten/Zu Hause	6	12 %
Sonstiges	5	10 %
Kann ich nicht beurteilen	2	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021, in deren Partnerschaft Mitarbeiter*innen von Koordinierungs- und Fachstellen Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden (n = 50). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 9: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven menschen- und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	57	19 %	87	29 %	104	35 %	52	17 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „NPD“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	85	28 %	123	41 %	55	18 %	37	12 %
Linke militante Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	4	1 %	33	11 %	195	65 %	68	23 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	8	3 %	34	11 %	168	56 %	90	30 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger*innen“ bzw. „Wutbürger*innen“)	133	44 %	117	39 %	19	6 %	31	10 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	34	11 %	76	25 %	94	31 %	96	32 %
Neue Kooperationen von bisher getrennt auftretenden Gruppen des populistischen, rechtsaffinen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrums im Kontext der Corona-Krise	126	42 %	94	31 %	18	6 %	62	21 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 10: Einschätzung der Koordinator*innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Politiker- und Parteienverdrossenheit	127	42 %	94	31 %	34	11 %	45	15 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	70	23 %	94	31 %	70	23 %	66	22 %
Rassismus	90	30 %	106	35 %	45	15 %	59	20 %
Antisemitismus	50	17 %	102	34 %	71	24 %	77	26 %
Islamischer Fundamentalismus	9	3 %	37	12 %	133	44 %	121	40 %
Antifeminismus	41	14 %	86	29 %	80	27 %	93	31 %
Heterosexismus	35	12 %	83	28 %	81	27 %	101	34 %
Verschwörungserzählungen	170	57 %	83	28 %	9	3 %	38	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 11: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie	3	1 %	26	9 %	256	85 %	15	5 %
Demonstrationen und Protestkundgebungen	115	38 %	95	32 %	67	22 %	23	8 %
Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen	9	3 %	72	24 %	139	46 %	80	27 %
Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z.B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)	101	34 %	129	43 %	26	9 %	44	15 %
Zusammenschluss zu wandlungskritischer Akteur*innen in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen	29	10 %	61	20 %	103	34 %	107	36 %
Aktionen im Kontext der Corona-Krise mit aktiver Beteiligung rechtspopulistischer und/oder rechtsextremer Akteur*innen (z.B. im Zusammenhang mit Corona-Spaziergängen, Hygiene-Demos)	144	48 %	88	29 %	41	14 %	27	9 %
Hate Speech im Netz mit lokal Bezug nehmender Agitation (z.B. Hasskommentare, Abwertung von Personen(gruppen), Aufrufe zu Gewalt)	125	42 %	90	30 %	16	5 %	69	23 %
Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z.B. Konzerte, Feste)	5	2 %	26	9 %	147	49 %	122	41 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 12: Zusammenarbeit mit professionalisierten Beratungsangeboten für den Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus	149	50 %	134	45 %	17	6 %
Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Opferberatung)	78	26 %	199	66 %	23	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 13: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse	173	58 %	93	31 %	18	6 %	16	5 %
Integrationsfördernde Migrant*innencommunities und/oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	137	46 %	101	34 %	25	8 %	37	12 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant*innen(selbst)organisationen	99	33 %	87	29 %	61	20 %	53	18 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter*innen des gesamten politischen Spektrums	132	44 %	95	32 %	23	8 %	50	17 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende deutungsmächtige Akteur*innen aus Kultur und/oder Wirtschaft	78	26 %	127	42 %	24	8 %	71	24 %
Faktenorientiert und themenkompetent arbeitende Medienvertreter*innen	78	26 %	102	34 %	35	12 %	85	28 %
Vielfältige jugendkulturelle Szenen (z.B. Pfadfinder*innen, Punks, Skater*innen)	67	22 %	90	30 %	48	16 %	95	32 %
Themenkompetente und engagierte Akteur*innen aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	76	25 %	120	40 %	36	12 %	68	23 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 14: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger*innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	147	49 %	125	42 %	11	4 %	17	6 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	130	43 %	115	38 %	30	10 %	25	8 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	19	6 %	51	17 %	136	45 %	94	31 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit bei Versuchen der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („shrinking spaces“)	16	5 %	55	18 %	156	52 %	73	24 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	76	25 %	112	37 %	92	31 %	20	7 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	58	19 %	109	36 %	82	27 %	51	17 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	48	16 %	100	33 %	59	20 %	93	31 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	94	31 %	118	39 %	41	14 %	47	16 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	28	9 %	62	21 %	80	27 %	130	43 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	74	25 %	119	40 %	46	15 %	61	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 15: Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	143	48 %	114	38 %	43	14 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	220	73 %	35	12 %	45	15 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	204	68 %	53	18 %	43	14 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	162	54 %	106	35 %	32	11 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	131	44 %	132	44 %	37	12 %
Öffentliche Auseinandersetzungen über Einschränkungen der Bürgerrechte im Kontext der Corona-Krise werden polarisierend geführt.	66	22 %	206	69 %	28	9 %
Im Kontext der Corona-Krise werden Konflikte in der Öffentlichkeit durch gewalttätige Konfrontationen ausgetragen.	233	78 %	33	11 %	34	11 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	121	40 %	50	17 %	129	43 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	166	55 %	106	35 %	28	9 %
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	87	29 %	187	62 %	26	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 16: Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.5.2021

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	15	5 %	267	89 %	18	6 %
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt.	79	26 %	197	66 %	24	8 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr).	55	18 %	209	70 %	36	12 %
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	61	20 %	193	64 %	46	15 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität.	45	15 %	182	61 %	73	24 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen).	18	6 %	212	71 %	70	23 %
Relevante Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen informiert und nehmen diese ernst.	46	15 %	197	66 %	57	19 %
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen.	80	27 %	138	46 %	82	27 %
Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben.	44	15 %	148	49 %	108	36 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt.	104	35 %	133	44 %	63	21 %
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Täter*innen politisch und menschenfeindlich motivierter Gewalt statt.	40	13 %	81	27 %	179	60 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 17: Einschätzung der Koordinator*innen zu demokratie- und menschenfeindlichen Konfliktkonstellationen, die in offener Gegnerschaft ausgetragen werden

	Absolut	In Prozent
Gesellschaftlich polarisierende und öffentlich ausgetragene Konflikte	112	37 %
Potentiell radikalisierungsfähige Protestbewegungen	99	33 %
Konflikte um Integration, Zuwanderung und Religion, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen	93	31 %
Keine Aussage möglich	63	21 %
Keine demokratie- und menschenfeindlichen Konfliktkonstellationen	56	19 %
Öffentlich und lokal geführte Konflikte um Identitätsfragen	44	15 %
Durch intergenerationale Transmission befeuerte demokratiefeindliche lokale Konflikte	25	8 %
Sonstiges	9	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine Aussage möglich“ oder „Keine demokratie- und menschenfeindlichen Konfliktkonstellationen“.

Tabelle 18: Einschätzung: „Die gesellschaftlichen Einschränkungen infolge der Corona Pandemie wirken sich hinderlich auf die Arbeit der Partnerschaft aus.“

	Absolut	In Prozent
Trifft voll zu	115	38 %
Trifft eher zu	133	44 %
Trifft eher nicht zu	45	15 %
Trifft gar nicht zu	4	1 %
Kann ich nicht beurteilen.	3	1 %
Gesamt	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 19: Einschränkungen in Folge der Corona-Pandemie

	Absolut	In Prozent
Die Aufrechterhaltung des ehrenamtlichen Engagements ist erschwert	209	84 %
Der Überblick über die lokalen Problemlagen ist eingeschränkt	148	60 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 248), die angegeben haben, dass sich die gesellschaftlichen Einschränkungen in Folge der Corona-Pandemie hinderlich auf die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie auswirkt. Mehrfachnennungen sind möglich.

Kurzprofil

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS-Frankfurt a. M.) wurde im Jahr 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Der Hauptsitz liegt in Frankfurt am Main. In Berlin unterhält das ISS ein Projektbüro.

Das ISS-Frankfurt a. M. beobachtet, analysiert, begleitet und gestaltet Entwicklungsprozesse der Sozialen Arbeit und erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für öffentliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände und private Träger. Das Institut erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projektförderung.

- Das Leistungsprofil des ISS-Frankfurt a. M. steht als wissenschaftsbasiertes Fachinstitut für Praxisberatung, Praxisbegleitung und Praxisentwicklung an der Schnittstelle von Praxis, Politik und Wissenschaft der Sozialen Arbeit und gewährleistet damit einen optimalen Transfer.
- Zum Aufgabenspektrum gehören wissenschaftsbasierte Dienstleistungen und Beratung auf den Ebenen von Kommunen, Ländern, Bund und der Europäischen Union sowie der Transfer von Wissen in die Praxis der Sozialen Arbeit und in die Fachöffentlichkeit.
- Die Arbeitsstruktur ist geprägt von praxiserfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, häufig mit Doppelqualifikationen, die ein breites Spektrum von Themenfeldern in interdisziplinären Teams bearbeiten. Dadurch ist das Institut in der Lage, flexibel auf Veränderungen in Gesellschaft und Sozialer Arbeit sowie die daraus abgeleiteten Handlungsanforderungen für Dienstleister, Verwaltung und Politik einzugehen.
- Auf unserer Website www.iss-ffm.de finden Sie weitere Informationen zum ISS-Frankfurt a. M. und zu dessen Kooperationen sowie Arbeitsberichte, Gutachten und Expertisen zum Download oder Bestellen.





Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 / 95789-0
Telefax +49 (0) 69 / 95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

